

OSTEUROPAFORSCHUNG IM WANDEL DER ZEIT

EIN PROJEKTSEMINAR DES OSTEUROPA-INSTITUTS

2021/2022

Herausgegeben von:

CLEMENS GÜNTHER
TATIANA KHARKOVA
MIHAI VARGA



Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG

Clemens Günther, Mihai Varga 3

1. MACHT POLITIK FORSCHUNG ODER FORSCHUNG POLITIK?

Thilo Dekant, Lea Feldhaus, Paola Galwas, Henri Koblischke und Valentina Sanduljak 8

2. 1968 AM OEI – EINE ANNÄHERUNG AN DIE VERGANGENHEIT. IM GESPRÄCH. IM ARCHIV

Anusch Arash, Elisa Eveilleau und Lukas Daub 12

3. FEMINISTISCHE FORSCHUNG – FRÜHER UND HEUTE

Florica Barth, Myriel Baumgart, Felix Duckert, Laura Höner und Maria Strejckova 17

4. FRAUEN IN DER WISSENSCHAFT AM BEISPIEL DES OSTEUROPA-INSTITUTS

Klaudia Broßzeit 21

5. NORD STREAM 2 – PROBLEME UND HERAUSFORDERUNGEN DER OSTEUROPAFORSCHUNG

Fiete Lembeck, Olivera Tornau und Benjamin Vogel 24

6. PROJEKT: QUEER (RESEARCH) IN POLAND AND RUSSIA

Andrey Dimitriev, Veronika Haluch, Nicole Malodobry, Lidia Mgebrishvili und Franziska Pullmann 28

7. STUDIEREN AM OEI – GESTERN UND HEUTE

Michael Derho, Maximilian Lauer und Amy Zimmermann 34

8. FORSCHUNG IN OSTEUROPA UNTER DRUCK – WISSENSCHAFTSPOLITIK IN AUTORITÄREN SYSTEMEN IM VERGLEICH

Josephin Bretschneider, Jakob Burger, Anna Khaerdinova, Jonas Ksienzyk, Aleksandar Ljubomirović und Juri Marschall 37

9. FORSCHUNG UND ERINNERUNG AN DEN

NATIONALSOZIALISTISCHEN GENOZID AN DEN SINTI & ROMA IN DEUTSCHLAND UND POLEN. ORTE, AKTEUR:INNEN, ENTWICKLUNGEN

Léna Mücke, Johann Stephanowitz, Stefan Strietzel, Daniel Styczynski, Sophia Othmer und Cosmas Tanzer 42

10. GEOPOLITISCHE MANÖVER: DER UMZUG DER CEU VON BUDAPEST NACH WIEN

Vitali Fischer, Aleksandar Kerošević, Anne Lemke und Fabio Thieme 45

11. POLITISIERUNG HISTORISCHER FORSCHUNG: ANERKENNUNG DES HOLODOMOR ALS GENOZID AM UKRAINISCHEN VOLK

Vladislav Ivanov, Margarita Kayanja, Maria Kireenko und Anastasiia Magazova 48

Einleitung

2021 feiert das Osteuropa-Institut (OEI) der FU Berlin sein siebzigjähriges Jubiläum. Durch den Zusammenbruch der nationalsozialistisch kompromittierten Ostforschung nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Verlust ihrer ehemaligen Zentren in den nun verlorenen Ostgebieten galt es, neue Strukturen der Beschäftigung mit Osteuropa zu etablieren. Diese Strukturen sollten sich dabei nicht nur in kritischer Distanz zur bisherigen Forschung über Osteuropa befinden, sondern auch den neuen Realitäten des Kalten Krieges gerecht werden. Nach einigen Überlegungen über Ort und Zuschnitt eines neuen Osteuropa-Instituts traf man im Herbst 1950 die Entscheidung, dieses Institut in Berlin anzusiedeln. An der FU Berlin nahm Georg Kennert die aus der Bundespolitik kommenden Vorschläge auf und entwickelte Ideen für ein solches Institut, das sich vor allem Russland und der Sowjetunion, aber auch Mittel- und Südosteuropa widmen sollte. Am 24. November 1951 wurde das Osteuropa-Institut schließlich feierlich eingeweiht. (Baske 2011: 97f.)

Von Beginn an war das Osteuropa-Institut interdisziplinär strukturiert. Hier sollten sozial- und geisteswissenschaftliche Disziplinen in einen Dialog treten und in gemeinsamen Forschungsprojekten historische und gegenwartsbezogene Fragen zu Osteuropa erforschen. Von Beginn an wurde am OEI auch gelehrt, wobei es auch Ergänzungslehrgänge für junge Berufstätige gab, die sich mit Osteuropa intensiver beschäftigen wollten (vgl. Lieber 1963: 53). In der Folge expandierte das OEI schnell:

neue Abteilungen wurden eingerichtet, eine Fachbibliothek wurde aufgebaut und Forschungsprojekte mit internationalen Kooperationspartnern konnten realisiert werden.

Die Erforschung der Welt jenseits des Eisernen Vorhangs war im Kalten Krieg eine eminent politische Angelegenheit. So gab es von politischer Seite durchaus Interesse, das Osteuropa-Institut als Stätte der Feindbeobachtung und -aufklärung zu instrumentalisieren, dem sich die Wissenschaftler vor Ort allerdings geschickt entzogen (Stegemann 2015: 164). Anstatt zur Speerspitze des Antikommunismus zu werden, wurde das Institut in den 1960er Jahren gar zu einem der Bezugspunkte der aufkommenden Studentenbewegung. Ursula Stegemann spricht von Hans-Joachim Lieber, der damals Professor für Soziologie am OEI war, als „Ziehvater der Linken“ (Stegemann 2015: 175). Rudi Dutschke arbeitete später gar als studentische Hilfskraft am Osteuropa-Institut.

In den 1970er Jahren konnte das Osteuropa Institut bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) einen Sonderforschungsbereich (SFB) zum Thema „Die Sowjetunion und ihr Einflussbereich seit 1917. Industrialisierung und Gesellschaft in der Sowjetunion“ einwerben. Das Projekt diente einerseits als Katalysator für eine gegenwartsrelevante Osteuropafor-schung, zeigte aber auch die Herausforderungen interdisziplinärer Arbeit am Institut. So war unklar, welchen Aussagewert das Totalitarismusmodell noch für die Erforschung der Sowjetunion ha-

ben konnte und sollte. Außerdem erwies es sich als schwierig, die geforderte Interdisziplinarität in der Forschung auch tatsächlich umzusetzen. Auch deshalb stiegen wichtige Wissenschaftler aus dem SFB aus. (vgl. Stegelmann 2015: 194-200) Die damals verhandelten Fragen der epistemologischen Grundlagen der Erforschung autoritärer Regime und der Möglichkeit interdisziplinärer Kooperation, die zwischen einem regional- und einem fachwissenschaftlichen Ansatz vermitteln muss, beschäftigen die Osteuropaforschung und damit auch das OEI bis heute.

Mit dem Ende des Kalten Krieges geriet die Osteuropaforschung in eine Identitätskrise. Die bislang verfolgten Forschungsfragen und -strukturen schienen nach dem Ende des Systemgegensatzes nicht mehr geeignet und die politische Relevanz der Osteuropaforschung nahm ab. Am Osteuropa-Institut nahm man sich zwar den nun aufkommenden Fragen der Transformationsprozesse schnell an, was sich u.a. in der Etablierung eines Graduiertenkollegs zu diesem Thema 1991 äußerte. Dies konnte aber nicht verhindern, dass das Osteuropa-Institut im Verlauf der 1990er Jahre in eine Krise geriet. Lehrstühle wurden abgebaut und die Existenz des OEI stand in Frage.

Mittlerweile konnte sich das Institut konsolidieren und begleitet in nun fünf Abteilungen (Politik, Soziologie, Volkswirtschaft, Geschichte, Kultur) aufmerksam und gespannt die gesellschaftliche Entwicklung in Osteuropa.

Das Seminar

Das Projektseminar „Osteuropaforschung im Wandel der Zeit“, das im Wintersemester 2020/21 und im Sommersemester 2021 stattfand, nimmt das Institutsjubiläum zum Anlass, um nach der Geschichte und Gegenwart der Osteuropaforschung und der Forschung in Osteuropa zu fragen.

Wissenschaftsforschung ist dabei ein interdisziplinäres Querschnittsthema, das für alle am OEI vertretenen Disziplinen von Interesse ist. Politisch lässt sich nach den institutionellen Voraussetzungen von Wissenschaftspolitik sowie nach Möglichkeiten der nationalen und internationalen Steuerung von Wissenschaft fragen. Soziologisch interessieren u.a. organisationale und wissenssoziologische Fragen. In der Geschichtswissenschaft ist die Wissenschaftsgeschichte ein anerkannter Teilbereich, der sich der historischen Genese von Forschungsparadigmen, aber auch von Strukturen, Methoden und Theorien widmet. Die Volkswirtschaftslehre fragt u.a. nach dem wirtschaftlichen Wert akademischer Institutionen. Die Kulturwissenschaften interessieren sich schließlich für kulturelle Spezifika einzelner Wissenschaftsverständnisse und für die textuelle Form wissenschaftlicher Ergebnisse.

Trotz ihrer interdisziplinären Anschlussfähigkeit fristen wissenschaftspolitische, -kulturelle, -historische, und -soziologische Fragestellungen in den osteuropabezogenen Area Studies ein Nischendasein. Zwar gibt es viele historische Untersuchungen zur Entwicklung im 18. und 19. Jahrhundert (u.a. Amburger 1987, Arend 2020), während des

Sozialismus (u.a. Esakov 1971, Sheynin 1978, Fortescue 1990) und zur Transformationszeit (u.a. Mayntz/Schmank/Weyngart 1995, Graham 2008), aber nur relativ wenige gegenwartsbezogene Studien mit allgemeinerem Charakter.

Osteuropaforschung umfasst im Seminarkontext zwei Bedeutungsdimensionen, die eng miteinander verschränkt sind: **Forschung in** und **Forschung über Osteuropa**. Fünf der Projektgruppen beschäftigten sich, überwiegend am Beispiel des Osteuropa-Instituts, mit der Genese und Aktualität der Osteuropaforschung an der FU Berlin, sechs Projektgruppen widmeten sich aktuellen und historischen Fragen der Wissenschaftsforschung in Osteuropa. Das Untersuchungsfeld erstreckt sich dabei über eine Vielzahl osteuropäischer Länder, von Polen, über die Tschechische Republik, Ungarn, Serbien, die Ukraine bis nach Russland.

Die tiefere Beschäftigung mit der gegenwärtigen und historisch gewachsenen Wissenschaftslandschaft in Osteuropa bietet den Studierenden dabei vielfältige Möglichkeiten. Sie erschließen sich eigenständig bislang wenig bearbeitete Themenfelder und entwickeln hierfür ein methodisches und theoretisches Design. Im Kontext des Seminars lernen die Studierenden Interviews vorzubereiten, durchzuführen und auszuwerten, sie machen sich vertraut mit Methoden der archivalischen Forschung und der Auswertung historischer Quellen. Die gewonnenen Ergebnisse werden dabei in Form individuell gewählter Endprodukte wie Blogs, Podcasts, Dokumentarfilme oder (Online-)

Ausstellungen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Schließlich trägt das diesjährige Thema des Projektkurses auch zur kritischen Selbstverständigung über die eigene Rolle als Osteuropaforscher:in sowie über Institutionen der Osteuropaforschung bei.

Forschung über Osteuropa

Die erste Sektion der Berichte umfasst Forschungsarbeiten zur Geschichte und Gegenwart der deutschen Osteuropaforschung. Drei der Projekte beschäftigen sich mit dem Osteuropa-Institut und seiner Geschichte. Die Gruppe [1968 am Osteuropa-Institut](#) widmet sich dem Schlüsseljahr 1968 und schaut, u.a. in Form eines ausführlichen Interviews mit Gretchen Dutschke-Klotz, auf die Rolle des OEI während der damaligen Studentenproteste. Die Gruppe [Frauen in der Wissenschaft](#) blickt auf die Karriere von Wissenschaftlerinnen am OEI und untersucht deren Herausforderungen und Handlungsstrategien. Die Gruppe [Studieren am OEI](#) vergleicht am Beispiel aktueller Studierender und Absolvent:innen aus den 1990er Jahren, wie sich die Bedingungen und Formen des Studiums am OEI im Laufe der Zeit wandelten.

Zwei Projekte beschäftigen sich mit aktuellen Fragen der v.a. politikwissenschaftlichen Osteuropaforschung. Die Gruppe [Macht Forschung Politik?](#) erweitert das Untersuchungsfeld über das OEI hinaus und blickt auf Formen und Funktionen der Politikberatung in der gegenwärtigen Osteuropaforschung. Die Gruppe zu [Nord Stream 2](#) blickt auf das umstrittene Pipelineprojekt aus der Perspektive der Regionalforschung und

fragt, wie und in welchem Ausmaß Fachexpertise in der deutschen Diskussion über das Projekt eine Rolle spielte.

Forschung in Osteuropa

In den letzten Jahren lässt sich eine bedenkliche Zunahme staatlicher Interventionen in die Wissenschaft beobachten. Dies betrifft zwar nicht nur Osteuropa, scheint dort aber besonders prägnant: Universitäten und Studiengänge verlieren ihre Akkreditierung und müssen im Regelbetrieb mit Schikanen rechnen, unliebsame Wissenschaftler:innen werden entlassen oder in die Emigration getrieben, Finanzmittel werden gekürzt und internationale Kooperationen erschwert. In den Medien finden sich für diese und ähnliche Vorfälle viele Beispiele, aber nur selten werden diese in einen größeren Zusammenhang eingeordnet. Eben das ist das Ziel der sechs Projektgruppen, die sich mit der Forschung in Osteuropa beschäftigen.

Zwei Projektgruppen widmen sich dem Zustand feministischer und genderbezogener Forschung in Osteuropa. Die Gruppe [Feministische Forschung früher und heute](#) untersucht am Beispiel Tschechiens und Russland die Entwicklung feministischer Forschung in beiden Ländern und gibt einen Überblick von der spätsozialistischen Zeit bis in die Gegenwart. Die Gruppe [Queer Research in Poland and Russia](#) untersucht ebenfalls vergleichend die Probleme, mit denen die Forschung zu queeren Themen in beiden Ländern konfrontiert ist und sucht nach den Gründen für und den Antwortstrategien der Forschenden auf diese Problemlagen.

Ebenso umstritten wie Genderthemen sind in vielen osteuropäischen Ländern geschichtswissenschaftliche Forschungen. Zwei Projektgruppen blicken in das historiographische Feld. Die Gruppe [Forschung und Erinnerung an den nationalsozialistischen Genozid an den Sinti und Roma in Deutschland und Polen](#) schaut sich an, wie der lange Zeit verdrängte und wenig beachtete Völkermord an den Sinti und Roma gegenwärtig und historisch in Deutschland und Polen erinnert wird. Sie befragt erinnerungskulturelle Akteur:innen und analysierte die Orte der Erinnerung. Die Gruppe zum [Holodomor](#) untersucht die Arbeit der deutsch-ukrainischen Historikerkommission und interessiert sich vor allem für die Politisierung der Forschung zum Holodomor und die umstrittene Frage, ob dieser als Genozid bezeichnet werden sollte.

Arbeiten die vier genannten Gruppen vorwiegend themenbezogen, so interessieren sich die beiden letzten Gruppen für wissenschaftliche Institutionen. Die Gruppe zum [Umzug der CEU von Budapest nach Wien](#) blickt auf den kürzlichen Umzug der prestigeträchtigen Central European University von Budapest nach Wien, nachdem diese ihre Lehrerlaubnis in Ungarn verlor. Sie untersucht die Motive für das Verbot und spricht mit Beteiligten, die als Studierende oder Lehrende den Umzug erlebten. Die Gruppe [Wissenschaftspolitik in autoritären Systemen](#) vergleicht schließlich einige jüngere Vorfälle an russischen, ungarischen und serbischen Universitäten, deren Gemeinsamkeiten in der Infragestellung akade-

mischer Unabhängigkeit und der politischen Instrumentalisierung von Wissenschaft liegen.

Die vorliegende Broschüre vereint die Ergebnisse des Jahrgangs 2020/21. Der Dank für die Erstellung und Redaktion der Broschüre geht an die Gruppen und die studentische Hilfskraft Tatiana Kharkova. Ein Dank geht außerdem an das Osteuropa-Institut, das den Kurs großzügig finanziell unterstützte und an alle Workshopleiter:innen.

Clemens Günther, Mihai Varga

Literatur

Amburger, Erik (Hg.): Wissenschaftspolitik in Mittel- und Osteuropa: Wissenschaftliche Gesellschaften, Akademien und Hochschulen im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert. Essen: Hobbing, 1987.

Arend, Jan (Hg.): Science and Empire in Eastern Europe: Imperial Russia and the Habsburg Monarchy in the 19th Century. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2020.

Baske, Siegfried: Das Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, in: Kubicki, Karol; Lönnendonker, Siegfward (Hg.): Die Kultur- und Ethnowissenschaften an der Freien Universität Berlin, Berlin 2011, S. 97-122.

Esakov, V.: Sovetskai'ja nauka v gody pervoj pjatiletki: Osnovnye napravlenija gosudarstvennogo rukovodstva naukoj. Moskva: Nauka, 1971.

Fortescue, Stephen: Science Policy in the Soviet Union. London: Routledge, 1990.

Graham, Loren; Dezhina, Irina: Science in the New Russia: Crisis, Aid, Reform. Bloomington: Indiana University Press, 2008.

Lieber, Hans-Joachim: Das deutsche Zentrum der Osteuropa-Forschung. Das Osteuropa-Institut an der Freien Universität, in: ASTa der

Freien Universität Berlin (Hg.): Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin, S. 52–54.

Mayntz, Renate; Schimank, Uwe; Weingart, Peter (Hg.): Transformation mittel- und osteuropäischer Wissenschaftssysteme: Länderberichte. Opladen: Leske + Budrich, 1995.

Sheynin, Ju.: Science Policy: Problems and Trends. Moscow: Progress, 1978.#

Stegelmann, Ursula: Das Berliner Osteuropa-Institut: Organisationsbiografie einer interdisziplinären Hochschuleinrichtung 1945 – 1976. Frankfurt am Main: PL Academic Research, 2015.

1. Macht Politik Forschung oder Forschung Politik?

WISSENSCHAFTLICHE POLITIKBERATUNG
IN DEUTSCHLAND WÄHREND DER RUSS-
LAND-UKRAINE-KRISE



Bild © Projektgruppe

Thilo Dekant, Lea Feldhaus, Paola Galwas, Henri Koblischke und Valentina Sanduljak

Abstract

In unserem Projekt widmen wir uns der wissenschaftlichen Politikberatung in Deutschland. Dazu untersuchen wir, ob und in welchem Umfang in Deutschland wissenschaftliche Politikberatung vor dem Hintergrund der Russland-Ukraine-Krise stattgefunden hat. Hierfür haben wir Expert:inneninterviews durchgeführt und analysiert und diese schließlich für eine Podcastreihe aufbereitet, um das komplexe und ambivalente Feld der wissenschaftlichen Politikberatung einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Zusätzlich haben wir unser Projekt mit einem Work-In-Progress Blog (<https://userblogs.fu-berlin.de/macht-forschung-politik/>) begleitet. Wir konnten herausfinden, dass Politikberatung in erster Linie eine Entscheidungsgrundlage für Politiker:innen darstellen soll, basierend auf einer Aufbereitung von Fakten, möglichen Zukunftsszenarien und Handlungsoptionen. Beide Seiten, sowohl die der Wissenschaft als auch die der Politik, geben an, von dem Austausch zu profitieren, sie erkennen jedoch auch ein Problem in der immerwährenden zeitlichen Knappheit. Insbesondere die Wissenschaft muss sich dabei dem schnellen politischen Geschäft anpassen. Da sich

der konkrete Einfluss bestimmter politischer Beratung auf die politische Entscheidungsfindung meist nicht zurückverfolgen lässt, gilt es, andere Kriterien zur Bewertung „guter“ Politikberatung heranzuziehen.

Fallauswahl und Relevanz

Wir rücken die Politikberatung während der Russland-Ukraine-Krise (2013 bis 2015) in den Fokus unserer Analyse. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges sank die Nachfrage nach Osteuropaforschung und seiner Expertise, weil der Westen sich nicht mehr vom „Ostblock“ bedroht fühlte. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim (2014) durch Russland sorgte für schwere Unruhen im Osten der Ukraine. Ein Abebben dieser Unruhen war nicht in Sicht, weshalb die Auseinandersetzungen für das „erforderliche Adrenalin“ in Europa sorgten. Ein Krieg mitten in Europa konnte nicht ohne Auswirkungen auf die restliche Welt bleiben. Das plötzliche und unerwartete Handeln Russlands machte dieses außenpolitisch zu einem unberechenbaren und gefährlichen Partner. Die fehlende Kooperationsbereitschaft und Provokationen der russischen Seite zeigten, wie groß der Bedarf an Russland- und Osteuropakennern:innen tatsächlich ist.

Zusammenarbeit zwischen Politikberatung und Politik nimmt in Zeiten akuter Krisen zu. Diese sind ein Signal für „real time“-Reaktionen und handlungsrelevantes Wissen. Die Osteuropaforschung wurde von der Russland-Ukraine-Krise erschüttert und musste im Zuge dessen Bereitschaft zeigen, Einschätzungen, Prognosen und Handlungsempfehlungen auszusprechen, um von der Politik als operative Politikberatung, die juristische Normen und politische Abläufe kennt, verstanden und angefordert zu werden. Um ein Verständnis für Politikberatung zu gewinnen, bietet sich die Russland-Ukraine-Krise als international und politisch

relevantes Fallbeispiel dementsprechend gut an.

Methodisches Vorgehen

Um unsere Fragen beantworten zu können, hielten wir es für sinnvoll, unsere Literaturrecherche mit praktischen Erfahrungen der jeweiligen Berater:innen bzw. Beratenden zu verknüpfen. Wir suchten spannende Interviewpartner:innen, die möglichst während unserer Untersuchungsperiode "aktiv" und mit der Problematik rund um die Ostukraine und dem osteuropäischen Raum konfrontiert waren. Infrage kamen Politiker:innen oder Referent:innen, die in der Außenpolitik (Auswärtiges Amt, Bundesregierung, o.Ä.) beschäftigt waren und die Russland-Ukraine-Krise "live" miterlebten. Außerdem benötigen wir Expert:innen (Regionalspezialist:innen, Osteuropaforscher:innen), welche in der wissenschaftlichen Politikberatung tätig waren und bei der Untersuchung der Vorkommnisse während der Russland-Ukraine-Krise mitwirkten (bspw. Centre for European Policy Studies, Wirtschaftsforschung, Osteuropainstitute verschiedener Hochschulen).

1. Episode

Die erste Episode unseres Podcasts stellt eine Einleitungsfolge dar. Wir haben verschiedene steile Thesen rund um den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine 2013-2014 aus unterschiedlichen Blickwinkeln diskutiert, um die Konfliktbehaftung und auch die Relevanz der Thematik zu verdeutlichen. Um auch Hörer:innen zu erreichen, die noch nicht mit allen Details des Konflikts und seiner Bedeutung für die internationalen Beziehungen vertraut sind, haben wir außerdem ein Interview mit der Historikerin und Ukraine-Expertin Dr. Ricarda Vulpius geführt. Das bessere Verständnis des Konflikts half nicht nur uns in unserer Arbeit, sondern ist auch für die Hörer:innen eine gute Grundlage, um anhand der Thematik

grundsätzliche Vorgänge in der wissenschaftlichen Politikberatung zu verstehen.



Bild von Pixabay

2. Episode

In unserer zweiten Episode wollen wir die Frage beantworten: Was ist eigentlich Politikberatung und wie läuft sie ab? Um diese Frage zu beantworten, nehmen wir unsere Daten aus den Interviews und spielen hier auch zwei interessante Interviewausschnitte ein.

“Also im Prinzip geht es [bei Politikberatung] darum, eine bessere Entscheidungsgrundlage zu schaffen für Entscheidungsträger:innen, indem sie mit den Argumenten vertraut [gemacht werden], die für eine gewisse Politik oder gegen eine andere sprechen” (anonyme:r Interviewpartner:in). Dazu nutzt man verschiedene direkte und indirekte Kanäle, unter anderem (in-)formelle Gespräche, Veranstaltungen, Studien und Policy Paper und Medienauftritte. Hierzu kommen Politikberatungsangebote von verschiedenen Akteuren, wie Privatpersonen, Beratungsagenturen, Stiftungen oder Universitäten, die so versuchen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen.

3. Episode

In den Interviews erkundigten wir uns ebenfalls nach den Motiven der Wissenschaftler:innen, zu beraten. Die meisten wollten zu einer informierteren

Debatte und wissenschaftlich fundierten Entscheidungen beitragen. Eine gewisse „Expert:innenarroganz“ basierend auf dem perzipierten eigenen Mehrwissen spielt ebenfalls eine Rolle. Darüber hinaus schätzen Wissenschaftler:innen aber auch den Austausch mit Politikschaffenden, weil diese über andere und oftmals auch bessere Informationen als sie selbst verfügen, sie die Überlegungen und Entscheidungskalküle besser nachvollziehen können. Das inspiriert oft auch neue Forschung. Darüber hinaus wollen einige Wissenschaftler:innen auch Einfluss nehmen und ihrem akademischen Wissen praktische Relevanz verleihen.

Wissenschaftler:innen und Politiker:innen zeichnen ein ähnliches Bild, warum Politiker:innen Beratung suchen. Hintergrundinformationen, das Herausarbeiten von Trends, Konstanten oder Handlungsmechanismen spielen eine Rolle. Ebenso erfüllt Politikberatung eine Art „Wachtdog“-Rolle. Wissenschaftler:innen beobachten und weisen Politiker:innen auf Sachverhalte hin, die sich unter dem politischen Wahrnehmungsradar abspielen. Darüber hinaus dient der Austausch auch dem Sparring von Argumenten und dem Erlernen neuer Handlungsoptionen, die noch nicht bedacht wurden.

4. Episode

Episode 4 widmet sich den Handlungslogiken, denen Wissenschaft und Politik unterliegen und soll Schwierigkeiten und Chancen aufzeigen, die sich aus der Zusammenarbeit von Beratenden und Beratenen ergeben. Aus den Gesprächen konnten wir schließen, dass besonders Zeit ein Faktor ist, der dazu beiträgt, dass sich Wissenschaft und Politik in einem Spannungsverhältnis zueinander befinden. Sei es nun, weil wissenschaftlichen Beratenden nicht genug Zeit eingeräumt wird, umfängliche Analysen vorzustellen oder weil immer komplexere Herausforderungen,

PolitikerInnen im Austausch mit Beratenden nur Zeit für eine Diskussion zugespitzter Statements zulassen. Durch zeitliche Verknappung lastet ein großer Meinungsdruck auf Beratenden, der zum Verlust von Sachlichkeit und zu Frust führen kann. Dennoch kann wissenschaftliche Beratung stattfinden, was aber ein Verständnis des Politikbetriebs auf Seiten der Beratenden voraussetzt. Es ist die Wissenschaft, die sich dem Rhythmus der Politik anpassen muss. Gelingt dies, und begegnen sich beide Parteien auf Augenhöhe, kann ein fruchtbarer Austausch stattfinden.

5. Episode

In der letzten Episode unseres Podcasts setzen wir uns mit der Frage auseinander, wie viel Einfluss wissenschaftliche Politikberatung auf politische Entscheidungsfindung hat. Außerdem diskutieren wir darüber, welche Charakteristika „guter“ wissenschaftlicher Politikberatung sich definieren lassen. Dank unserer Interviewpartner:innen erkennen wir schnell, Einfluss auf den politischen Betrieb oder politische Akteure, lässt sich nur in Ausnahmefällen und ohne Sicherheit nachvollziehen. Wenn Input zurückverfolgt werden kann, dann oft, weil Formulierungen aus Strategiepapieren wiedererkannt werden oder weil Entscheidungen aus konkreten und längerfristigen Projekten hervorgegangen sind. Letztlich stellte Einfluss sich aber nicht als hilfreichen Frame dar. Deshalb rückten wir von unserer ursprünglichen Annahme, wissenschaftliche Politikberatung sei gut, wenn sie Einfluss hat, ab. Stattdessen eröffnete sich uns ein Portfolio an Charakteristika „guter“ Politikberatung. Dazu gehörten Authentizität des Bera-

tenden, Nachhaltigkeit der Kommunikation und die Produktion gegenseitiger Lerneffekte durch den Austausch.

2. 1968 am OEI – Eine Annäherung an die Vergangenheit. Im Gespräch. Im Archiv

Anusch Arash, Elisa Eveilleau und Lukas Daub



© Private Bildaufnahme/ Gretchen Dutschke-Klotz, 2021

Das Ziel dieses Projekts bestand darin, das Osteuropa-Institut 70 Jahre nach seiner Gründung, aber vor allem mehr als 50 Jahre nach den Studentenprotesten 1968 zu beleuchten. Im Zuge unserer Projektarbeit wollten wir herausfinden, welche Auswirkungen die Studentenbewegungen und Studierendenproteste auf das Osteuropa-Institut selbst hatten, aber auch, welche Perspektiven und Wünsche die damals beteiligten Studierenden hatten. Wie blicken sie heute auf die Studierenden und den Universitätsbetrieb? Wie war der Kontakt zu Studierenden an osteuropäischen Universitäten?

Zu diesem Zweck haben wir in den Archiven des Osteuropa-Instituts recherchiert und ehemalige Student:innen kontaktiert, um ein Zeitzeuginnen-Gespräch zu führen. Die Ergebnisse unserer Arbeit mündeten in einen Podcast mit Gretchen Dutschke-Klotz, der ehemaligen Studentenaktivistin, Autorin und Ehefrau des Wortführers der Studentenbewegung der 1960er-Jahre, Rudi Dutschke.

Projektablauf und methodisches Vorgehen

Die damalige „Studentenbewegung“ war prägend für die politische Geschichte der alten Bundesrepublik. Übergeordnetes Ziel von uns war, die individuellen Erfahrungen von Zeitzeug:innen mit der Forschung aus jener Zeit zu verbinden. Im Rahmen unseres Podcast- und Archivprojekt haben wir uns zum einen mit der Forschung am OEI auseinandergesetzt: Haben sich die Veröffentlichungen vor und nach dem Ende der 60er-Jahre verändert? Lassen sich Tendenzen erkennen? Welche Entwicklungen gab es am Institut selbst?

Zum anderen möchten wir eine Plattform für persönliche Erfahrungen von Zeitzeug:innen bieten: Wie haben ehemalige OEI-Studierende die Zeit wahrgenommen? Was für Vorstellungen und Wünsche hatten sie damals? Wie blicken sie heute auf die Studierendenschaft, soziale Bewegungen und den Universitätsbetrieb? Wie war der Kontakt zu Studierenden an osteuropäischen Universitäten?

Um Antworten auf unsere Forschungsfragen zu finden, wählten wir zwei Ansätze: Zeitzeug:innen-Gespräche und Archivrecherche. Das Zeitzeug:innen-Gespräch soll erfolgen, damit ein möglichst ungefiltertes Bild der Erfahrungen der Gesprächspartner:innen wiedergeben und mit unseren Recherchen eingeordnet werden kann. Nach einer ersten Recherche wurde im Zuge eines Vorbereitungsgespräch ein Interviewleitfaden erarbeitet. Anhand von Dokumenten, Protokollen und Zeitungsberichten möchten wir außerdem die historischen Überlieferungen und Entwicklungen innerhalb der Studierendenschaft am OEI kontextualisieren.

Veröffentlicht werden unsere Ergebnisse in einem Podcast mit wechselnden Themenblöcken. Entstehen soll somit ein Projekt, welches Forschenden

als auch der interessierten Öffentlichkeit einen Einblick in die damalige Zeit gibt.

Aufbruchstimmung

Die 1968er-Jahre waren in vielerlei Hinsicht eine Zeit des Aufbruchs: die Proteste gegen den Vietnamkrieg, die anti-autoritäre Bewegung, demokratische Aufbrüche im Osten, die Niederschlagung des Prager Frühlings. Neue Lebensweisen wurden gefordert und ausprobiert. Studentinnen und Studenten in Berlin waren besonders aktiv in dieser Bewegung. Viele bekannte Namen sind eng mit der FU Berlin verbunden.

Auch am Osteuropa-Institut fand dies seinen Niederschlag. Allerdings stand das Institut nicht so im Zentrum der Proteste wie das benachbarte Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft. Zugleich wandelte sich der Blick auf Osteuropa. Nur zwei Jahre später erkannte Willy Brandt mit der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags die deutsche Ostgrenze 25 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs an. Sein Kniefall in Warschau vor dem Mahnmal im ehemaligen Getto markierte eine neue Phase der Auseinandersetzung mit der deutschen Schuld.

Ein konservatives Institut?

In den Gründungsjahren des Instituts dominierten NS-belastete Professoren am OEI. Mit dem Marxismus-Leninismus-Projekt kamen wichtige Impulse aus der deutschsprachigen Exilwissenschaft und der US-amerikanischen Forschung nach Berlin. Linke Intellektuelle wie Franz Neumann und Herbert Marcuse befanden sich in einem jahrelangen Dialog mit den Vertretern des OEI. Der Historiker Werner Philipp begann Anfang der 1960er Jahre selbstreflexiv den Bruch mit der Ostforschung öffentlich zu fordern und neue Wege der Osteuropa-Forschung aufzumachen. Der Soziologie-Professor Hans-Joachim Lieber, von 1965 an auch Rektor der

FU, prägte eine Generation progressiver Wissenschaftler, wie z.B. René Ahlberg und Klaus Meschkat. Zu seinen Studenten zählte auch Rudi Dutschke.

Die Dutschkes am OEI

Zwei zentrale Protagonist:innen der Studentenbewegung studierten am OEI: Gretchen und Rudi Dutschke. Rudi Dutschke war zudem studentische Hilfskraft in der Abteilung Soziologie des Instituts. Das Ehepaar engagierte sich im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS). Gretchen Dutschke-Klotz war Mitbegründerin des Arbeitskreises Frauen im SDS, einer Keimzelle der deutschen Frauenbewegung. Als Studierende waren Gretchen und Rudi Dutschke nach der Wahl Alexander Dubčeks in Prag und erlebten als Augenzeug:innen die Tage des Prager Frühlings.



© Private Bildaufnahme/ Gretchen Dutschke-Klotz: Hochzeitsfoto 1965

Gretchen Dutschke-Klotz: Dutschke-Klotz, 1942 in Oak Park, Illinois geboren, ist Autorin und ehemalige Studentenaktivistin. 1964 lernte sie Rudi Dutschke in Berlin kennen. Nach kurzem Aufenthalt in den USA kehrte sie 1965 zurück und heiratete ihn im darauffolgenden Jahr. 1966 studierte sie Theologie und russische Geschichte am Osteuropa-Institut FU-Berlin. Nach dem Attentat und dem Tod Rudi Dutschkes verließ sie Deutschland. Seit 2010 lebt sie wieder in Berlin und verfasste Bücher über Rudi Dutschke und der Zeit der Studentenproteste.



© Private Bildaufnahme/ Gretchen Dutschke-Klotz, 2021

Das Interview mit Gretchen Dutschke-Klotz

Gretchen Dutschke-Klotz, eine Symbolfigur der Studentenrevolte von 1968, erzählte uns bei unserem Vorbereitungstreffen am 16. Juni 2021 und bei der Durchführung unseres Interviews am 08. Juli 2021 ihre Geschichte. Dabei sprach sie sowohl von ihrer Ankunft in Berlin 1964, als auch ihre Beziehung zu Rudi Dutschke und ihr gemeinsames politisches Engagement.

Im Verlauf erwähnte sie ihre Verbindung zu Osteuropa und beschrieb ihr Engagement jenseits der Türen des OEI-Campus, insbesondere während der Zeit des Prager-Frühlings und der Wahl von Alexander Dubček in der Tschechoslowakei, dem sie und Rudi beiwohnten. Im Gespräch beschreibt sie die Stimmung als hoffnungsvollen Momentum auf den Prager Straßen. Die Proteste nahm sie „mehr wie ein großes Tanzen – als eine Demonstration“ wahr. Darüber hinaus sprach sie mit uns über die Bedeutung der damaligen Studentenbewegung und ihre Hoffnung auf eine solidarischere Welt.

Auszug aus dem Gespräch

Projektgruppe: „Wie schauen Sie auf die Herausforderungen der heutigen Zeit?“

Gretchen Dutschke-Klotz: „Naja, also ich denke wir hatten damals Hoffnung. Wir hatten wirklich Hoffnung das das gelingen würde. Ich denke schon als die Sowjetunion den Prager Frühling kaputt gemacht hat, war viel Hoffnung zerstört gewesen. [...] Die damalige Bewegung wuchs damals immer mehr und mehr und auf der ganzen Welt. Damit verbunden war die große Hoffnung, dass sich Veränderungen durchführen könnten. Und dass man den Kapitalismus vielleicht zu einem Ende bringen könnte und eine andere Gesellschaft schaffen könnte, eine die nicht wie die Sowjetunion und nicht wie im Westen war. Heute? *(lacht)* Also mein Eindruck ist nicht gut. Aber vielleicht ist das Falsch. Aber was man sieht. Also ich denke die Situation ist drastisch. Weil ich glaube die Umweltfrage ist sehr dringend. Aber die Menschen sind nicht bereit das zu tun, was notwendig ist. Sie sehen das nur als ein Angriff gegen sich und nicht als eine Hoffnung auf etwas Besseres. Ich kann nicht mehr mein Auto fahren – also bin ich dagegen. Die jungen Leute müssen was machen. Ich hoffe sie werden sagen: „Ich muss doch was machen!“. Wenn ich an meine Enkelkinder denke – die werden leiden!“

Archivarbeit – Wie politisch war das OEI?

Die Ausrichtung des Osteuropa-Instituts zum Ende der 60er-Jahre lässt sich ohne bekannte Niederschriften bzw. O-Töne damaliger Professor:innen, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, nur schwer nachvollziehen. Aus dem zugänglichen Archivmaterial soll daher eine Annäherung versucht werden.

Genutzt wird neben dem Archivmaterial aus dem Osteuropa-Institut eine Auflistung der wissenschaftlichen Arbeiten, entnommen aus den Mitteilungsblättern des „Koordinationsausschuß für Osteuropaforschung“. Die Analyse umfasst die Veröffentlichungen und Forschungsvorhaben vom 01.01.1967 bis zum 01.05.1971. Die Mitteilungsblätter können als Versuch verstanden werden, sich innerhalb der Osteuropaforschung über den jeweiligen aktuellen Stand der Institutionen gegenseitig zu

informieren. Sie enthalten Veröffentlichungen der Institutionen selbst, Habilitationsschriften, Dissertationen sowie begonnene Forschungsvorhaben. Ferner wird über Veranstaltungen der Institutionen und etwaige Personalveränderungen informiert. Aufgeführt werden in den Mitteilungsblättern Universitäten und andere wissenschaftliche Institutionen, die sich in ihrer Forschung mit Osteuropa bzw. Südosteuropa auseinandersetzen. Der Koordinationsausschuss entscheidet dabei selbstständig, ob die jeweilige Forschungseinrichtung die Kriterien erfüllt, wie aus der Begrüßung des osteuropäischen Forschungsbereich der Universität Köln, der sich anscheinend erfolgreich beworben hatte, hervorgeht.

Beim Blick auf die Veröffentlichungen und Forschungsvorhaben des Osteuropa-Instituts der Freien Universität wird deutlich, dass der Schwerpunkt auf der Abteilung der Slawistik sowie auf dem der Wirtschaft in Osteuropa liegt. Von 65 Veröffentlichungen im beschriebenen Zeitraum sind 15 dem Bereich der Slawistik sowie 12 dem Bereich der Wirtschaft zuzuordnen. Dies entspricht einem Gesamtanteil von ca. 42 Prozent. Bei den Forschungsvorhaben wird allerdings deutlich, dass ihr Anteil abzunehmen scheint. Hier decken die beiden Bereiche nur gut ein Viertel ab. Einen deutlich wachsenden Anteil haben die Bereiche Recht sowie der in dieser Arbeit zusammengefasste Bereich von Vorhaben mit soziologischen, geschichtlichen oder politischen Aspekten (ebenfalls rund ein Viertel). Die Fallzahl von nur 21 dokumentierten Forschungsvorhaben lässt jedoch nur bedingt Rückschlüsse zu.

Die offiziellen Bereiche, nach denen sich das OEI zu dieser Zeit differenzierte, waren „Slawistik“, „Wirtschaft“, „Osteuropäisches Recht“, „Bildung in Osteuropa“, „Medizingeschichte in Osteuropa“, „Geschichte in Osteuropa“ und „Soziologie“. Wie groß die einzelnen

Bereiche im Verhältnis zueinander waren, ist aus dem Archivmaterial nur schwer nachvollziehbar. Einzig der Bereich der Slawistik mit seinen drei Lehrstühlen lässt sich als wichtigster Teil identifizieren.

Mit aktuellen Geschehnissen z. B. dem Prager Frühling, dem Volksaufstand in Ungarn oder anderen Entwicklungen im Ostblock bzw. in der Beziehung des Ostblocks zur BRD, befassen sich die Veröffentlichungen und Vorhaben kaum bis gar nicht. Lediglich im Bereich der Soziologie können die Titel einzelner Vorhaben mit dem Zeitgeschehen in Verbindung gebracht werden. Der Großteil der Veröffentlichungen am OEI zum Ende der 1960er-Jahre befasst sich mit ‚unpolitischen‘ Themen wie „Gewässernamen in Russland“, der „Schlacht um Kasan 1487“ oder mit dem „Verwaltungsrecht der DDR“.

Alles in allem kann angenommen werden, dass aktuelle Geschehnisse seitens Forschung und Lehre eine untergeordnete Rolle spielten, dies wird vor allem im Vergleich zu anderen Institutionen der Osteuropaforschung in der BRD deutlich. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Zeit der 68er auf Forschung und Lehre im Vergleich zu den Studierenden kaum eine Auswirkung hatte.

Die Ergebnisse unserer Arbeit und der Podcast wird auf folgender Seite einzusehen sein: <https://1968amosteuro-painstitut.wordpress.com/>

Literatur

Bohnsack, Ralf (2014). Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung. Opladen

Lönnendonker, Siegward; Fichter, Tilman P.; Stadt, Jochen (1983): Gewalt und Gegengewalt. Unter Mitarbeit von Universitätsbibliothek der FU Berlin.

Seitenbecher, Manuel (2013): Mahler, Maschke & Co. Rechtes Denken in der 68er-Bewegung? Teilw. zugl.: Potsdam, Univ., Diss.,

2012 u.d.T.: Seitenbecher, Manuel: Mahler,
Maschke & Co. Paderborn: Schöningh.

3. Feministische Forschung – früher und heute

Florica Barth, Myriel Baumgart, Felix Duckert, Laura Höner und Maria Strejckova

Abstract

Wie bewerten moderne Wissenschaftler:innen aus der Feminismus- beziehungsweise Genderforschung die historischen Entwicklungen im sozialistischen Osteuropa und den heutigen Status Quo?

Dieser Fragestellung sind wir in unserem Projekt nachgegangen. Dieses baut auf der Analyse von Interviews mit verschiedenen Expert:innen aus Deutschland, Tschechien, Russland und der Ukraine auf, die durch Lehrstühle in Gender Studies oder allgemeines Interesse mit dem Thema verbunden sind.

Diese Broschüre beinhaltet einen Raum- und Zeitvergleich über den Feminismus, seine Forschung sowie die Entstehung und Adaptierung der Gender Studies im Osten Europas seit den 1980er-Jahren sowie die Etablierung und Entwicklung ebendieser Gender Studies heute am Beispiel des postsowjetischen Russlands und, im Vergleich, dem des heutigen Tschechiens. Es werden Erfolge, Rückschläge, Hürden und ein möglicher Ausblick für die Zukunft der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema dargelegt.

Feministische Gedanken und Bewegungen gibt es in Europa seit dem 19. Jahrhundert. Ziel dieser Bewegungen waren mehr Anerkennung und finanzielle Unabhängigkeit der Frau in einer stark patriarchal geprägten Gesellschaft. Mit dem Aufkommen des Sozialismus wurden im 20. Jahrhundert auf politischer und soziologischer Ebene die Sichtweise auf die Frau sowie ihre gesellschaftliche Rolle neu bewertet,

wenn auch nicht komplett revidiert: von erzieherischen und häuslichen Tätigkeiten wurde sie im sozialistischen Alltag der sich neu formierenden Staaten im Osten Europas zunehmend zu einer arbeitstätigen Kraftzelle der Arbeitermasse. Das bedeutete allerdings nicht, dass sie von der Hausarbeit und der Kindererziehung entbunden war. Relativ unberührt schien der gesamte Ostblock von der folgenden Wiedergeburt und zweiten Welle des Feminismus in den 60er- beziehungsweise 80er-Jahren. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus scheinen konservative Frauenbilder das Bild des östlichen Europas wieder zu dominieren.

Fakt ist aber auch: Heutzutage gibt es eine eigene Forschung über all die gesellschaftlichen und sozialen Aspekte des modernen Diskurses über die Frau, die sogenannte Feminismusforschung, die eng mit den Gender Studies verbunden ist. Die Genderforschung ist eine relativ neue Institution, das Fach Gender Studies an höheren Bildungsinstitutionen wirkt einerseits etabliert, besonders in der westlichen Hemisphäre, andererseits gibt es Strömungen in ost- und westeuropäischen Gesellschaften und politische Bestrebungen, dieses wieder aus Universitäten, Hochschulen und anderen Aspekten des Lebens zu verbannen.

Der Werdegang des damaligen sozialistischen und modernen kapitalistischen Russlands aus Sicht der Genderforschung hing stark mit einem seiner radikalsten politischen Machthaber, Josef Stalin, zusammen: dieser sah Frauen als Arbeiterinnen und Wirtschaftlerinnen ebenso wie als wichtige Produzentinnen des sozialistischen Nachwuchses. Somit galt die Frauenfrage als geklärt und eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der geschlechtsspezifischen Thematik gab es offiziell nicht. Erst gegen Ende und nach Zerfall des sozialistischen Systems wurden Zentren für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit

Genderforschung gegründet, so wie Moskau, Charkiv und Ivanovo; weiterhin begann zum Beispiel die Universität von Kasan bereits 1991, Gender Studies als Studiengang anzubieten, andere Städte Russlands folgten dem Beispiel. Wissenschaftler:innen und Dozierende griffen das Thema mit Enthusiasmus auf, auch der Staat unterstützte zeitweise die damit verbundenen institutionellen Gründungen und andere Bildungsangebote.

Tschechien war zu Zeiten der Sowjetunion ein mit der heutigen Slowakei verbundener, dem sozialistischen Block zugehöriger Satellitenstaat. Es gab durchaus Überschneidungen in einigen Punkten des alltäglichen Lebens: es gab eine politisch-offizielle Gleichstellung der Frau in Arbeit und Bezahlung, ohne aber die „zweite Schicht“ der Frau, Haushalt und Kinderbetreuung, anders zu bewerten. Dieser Staat hatte aber trotz der Bindung an die Union eine eigene Dynamik in Gesellschaft und Wirtschaft, es gab etwa eine 30-Prozent-Frauenquote in der tschechoslowakischen Politikebene, von der Expert:innen aber heute sagen, dass man Frauen dennoch nie in höheren Positionen gesehen habe. Aber eben auch in der Sicht auf die Stellung der Frau in beiden Feldern und in der Forschung und dadurch eine andere Entwicklung vollzogen. Nach dem Ende der UdSSR suchte Tschechien die Nähe zum Westen Europas und wurde somit anders mit der westlichen



Feminismus- beziehungsweise Genderforschung konfrontiert als das neu entstandene Russland nach dessen Unabhängigkeit 1991. Diese Demokratisierung und Anlehnung an den Westen bedeuteten aber

Bild von Pixabay

nicht gleich einen Vorteil für die Frauenbewegung: Die Wissenschaft bemängelte eine rapide Abnahme erwerbstätiger Frauen in den 1990er-Jahren, auch wenn diese nun mehr zwischen Familie und Beruf wählen konnten. Der Weg zurück in die Mutterrolle schien vielen Frauen angesichts der gesellschaftlichen Lage als die bessere Variante. Zudem wurde der Feminismus von vielen tschechischen Frauen als „exotischer Import aus dem Westen“ gesehen, die postsowjetisch-russische politische Konservative sieht in der Gleichstellungsfrage einen „westlichen Wahnsinn“ (Lissjutkina, Larisa).

Die Osterweiterung der EU seit 2004, ein eigentlich politisch-soziales Ereignis, wird bis heute kontrovers in der Forschung diskutiert. Einerseits wurden Frauen und Wissenschaftler:innen mit neuen EU-Vorgaben konfrontiert, andererseits ging die Sorge im Westen um, die Erweiterung gen Osten bringe einen Rückschritt in der Gemeinschaft. Angesichts der jüngsten Geschehnisse in Ungarn und Polen auf politischer Ebene ist die Öffentlichkeit besorgt, dass bereits erreichte Meilensteine in der Gleichberechtigung wieder auf dem Spiel stehen.

Alle für dieses Projekt interviewten Russland-Expert:innen sprechen von einer restriktiveren Gangart der Politik gegen die bereits erwähnten Programme an Universitäten, Sommer Schulen etc. in den letzten Jahren. Viele Projekte und wissenschaftliche Auseinandersetzungen würden ins (meist europäische) Ausland verlegt. Auch die Gesellschaft sei oft noch sehr kritisch und ablehnend gegenüber der Forschung.

Die tschechischen Expertinnen berichten ebenfalls von Argwohn und Ablehnung vieler gegenüber dem Thema und der Forschung, wenn auch in Tschechien eher Gender und Gender Studies kritisch gesehen werden. Dafür erfährt aber der Feminismus, wenn auch erst

langsam und seit kurzem, mehr und mehr Akzeptanz bei den Menschen und wird somit näher untersucht, ohne Repressionen von politischer Seite. Vielen Frauen würde erst jetzt die Thematik bewusst, daher werden NGOs gegründet und Forschungsmöglichkeiten verstärkt in Anspruch genommen.

Tschechien und Russland sind durch verschiedene Entwicklungen in der Feminismus- beziehungsweise Genderforschung gegangen. Einerseits gibt es Ähnlichkeiten in Alltag und Arbeit, andererseits gab es Unterschiede in der Umsetzung und im Status der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Thematik. Tschechien hatte keinen kommunistischen Apparat, der die Frage einfach als geklärt abtat, Russland dafür keine 30-Prozent-Quote in der Politik, was letztendlich keine Erleichterung bei beiden Ländern bedeutete.

Das heißt aber nicht, dass es keinen Diskurs zum Thema Gender und Frauen in der Wissenschaft gegeben hat. Dieser ist seit den 1980ern in Sowjetrußland und in der damaligen Tschechoslowakei erkennbar. Unsere Expert:innen berichten von verschiedenen und unterschiedlich intensiven Adaptionen des Feminismus in der Gesellschaft sowie der Forschung und konnten dementsprechend diverse Aussagen zur Situation aus Sicht der Wissenschaft in beiden Ländern machen. Unter anderem war interessant, dass es im postsowjetischen Raum zunächst nicht als Gender Studies, sondern als Feminologie bezeichnet wurde, was als ein Abgrenzungsversuch vom westlichen Diskurs gedeutet werden kann. Diese Bezeichnung hat allerdings keinerlei Relevanz in der späten Tschechoslowakei oder dem heutigen Tschechien. Im tschechischen Diskurs ist das Wort Feminismus Teil der Problematik, auch weil es bis heute oft als Schimpfwort genutzt wird. Selbstverständlich gibt es aber auch Überschneidungen

einzelner Feststellungen, Expert:innen für den russischen Raum beschrieben in den Interviews etwa, wie sich unter Vladimir Putins die Situation der Bildungsstätten und Forschungsmöglichkeiten verschlechtert habe und ungewiss sei, ob es weiter bergab gehe oder der zukünftige politische Erbe Putins einen anderen Weg gehen werde. Auch auf tschechischer Seite ist ungewiss, wie etwa die derzeitigen politischen Entwicklungen in Polen und Ungarn die hiesige Stimmung und Herangehensweise an die Forschung zu Gender und damit zum Feminismus beeinflussen werden.

Literatur

Lissjutkina, Larisa: "Ein „Sorgenkind“ im Fernen Osten Europas: Die Russische Frauenbewegung und Genderforschung zwischen Hoffnung und Verzweiflung", in: Miethe, Ingrid / Roth, Silke (Hrsg.): Europas Töchter, Traditionen, Erwartungen und Strategien von Frauenbewegungen in Europa, S. 226

Pető, Andrea: "Eastern Europe: Gender Research, Knowledge Productions and Institutions", in: Kortendiek, Beate / Riegraf, Birgit / Sabisch, Katja (Hrsg.): Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung, Springer-Verlag, Wiesbaden 2019, S. 1540

Roth, Silke: "Nationale und internationale Einflüsse - Ein Vergleich europäischer Frauenbewegungen". In: Miethe, Ingrid/Roth, Silke (Hrsg.): Europas Töchter. Traditionen, Erwartungen und Strategien von Frauenbewegungen in Europa. Springer Verlag, Wiesbaden 2003, S. 276

Röder, Ingrid: "Veränderungen in der Chancengleichheit für Mann und Frau in der Tschechischen Republik und der Slowakei seit 1989", in: Forschungsstelle osteuropa an der Universität Bremen: "Neues Europa?" Osteuropa 15 Jahre danach: Beiträge für die 12. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten. Bremen 2004, S. 80

Stein-Redent, Rita: "Verstehen wir uns?", in: Ernst, Waltraud (Hg.): Internationale Frauen- und Genderforschung in Niedersachsen: Grenzregime : Geschlechterkonstellationen

zwischen Kulturen und Räumen der Globalisierung, LIT Verlag, Münster 2010, S. 156

4. Frauen in der Wissenschaft am Beispiel des Ost-europa-Instituts

Klaudia Broßzeit

An der Freien Universität wurde im Jahre 1989 ein großer Meilenstein im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter gesetzt. Nach der Kommission zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und dem Plenum der Frauenbeauftragten folgte im darauffolgenden Jahr der Zentrale Frauenrat, welcher von den weiblichen Mitgliedern, der FU gewählt wird und die zentralen Frauenbeauftragten, sowie ihre Stellvertreterinnen in ihrem Amt unterstützen soll. Warum dies so wichtig ist, zeigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Im Jahre 2019 kamen in Deutschland auf 36.139 männlich besetzte Hauptprofessuren lediglich 12.408 Professorinnen. Demnach beträgt der Anteil der Frauen gerade einmal etwas über 25 %, immerhin mit steigender Tendenz. Diese Verteilungen mögen verwundern, denn bei den Abschlussquoten sind Frauen stärker vertreten als ihre Mitstreiter. Erfreulich sind im Vergleich zur Besetzung der Hauptprofessuren zumindest die Zahlen der Habilitationen aus dem vergangenen Jahr, bei denen im Vergleich zum Jahr 2010 der Frauenanteil in Deutschland um fünf Prozentpunkte auf 35 % gestiegen ist. Hier ist jedoch anzumerken, dass im Jahre 2020 24,5% weniger Männer ihre Habilitation abschlossen als noch vor zehn Jahren.

Durchgesiebt wird bereits in der Postdoc-Phase. Viele Nachwuchswissenschaftlerinnen versuchen den Spagat zwischen Karriere und Familienplanung erfolgreich zu meistern. Oftmals stecken sie an diesem Punkt allerdings zurück und müssen, falls sie sich doch für eine akademische Laufbahn entscheiden, mit deutlich schlechteren Chancen auf eine unbefristete Stelle rechnen.

Wegen ihres Geschlechts werden sie oftmals benachteiligt und müssen sich ihren Platz in der Wissenschaft hart erkämpfen. Daher sind etwa das Gleichstellungskonzept oder der Frauenförderplan aus dem akademischen Umfeld nicht mehr wegzudenken.

Frauen am OEI

Trotz der Genderungleichheiten hat es am OEI Frauen gegeben, welche das Institut geprägt haben. Dennoch, ein Blick auf die Fotografien der Einweihungsfeier des OEI aus dem Jahre 1961 verweist auf Frauen, die in der Regel abseits vom eigentlichen Geschehen sitzen, höchstens vereinzelt im Publikum ab der vierten Reihe. Ihre Namen herauszufinden war – ganz anders als bei den Männern – schier unmöglich. Heute wird nur mehr an die fünf Gründungsprofessoren und Willy Brandt erinnert.

Beinahe in Vergessenheit geraten wäre auch Dr. Dora Fischer. Ihre nach über Jahrzehnten im Archiv gefundene Personalakte erzählt von einer Frau, der das OEI so einiges zu verdanken hat. Bereits in den 70er Jahren wurde sie in der Abteilung Landeskunde als Akademische Oberrätin zur Professorin ernannt und ließ sogar ihren Eintritt in den Ruhestand um ein Semester verschieben, um sich für die Verwirklichung einer Exkursion in das damalige „Sowjet-mittelasien“ und Pakistan mit 15 Studierenden einzusetzen. Damit ist sie eine Vorreiterin der späteren Auslandsaufenthalte.

Analyseergebnisse

Mit dem Einstieg in die Wissenschaft direkt nach dem Studienabschluss weisen alle Interviewpartnerinnen aus der Berufsgruppe des wissenschaftlichen Personals eine „klassische“ Biografie auf. Vielfalt im Sinne aussagekräftiger branchenfremder Berufserfahrung oder einer für den wissenschaftlichen Berufseinstieg untypischen Altersklasse gibt es nicht. Alle Befragten gaben an,

den Beruf als Wissenschaftlerin zunächst nicht gezielt verfolgt zu haben, womit auch Begriffe wie „Strategie“ oder „strategisch“ keine Erwähnung fanden. Viel mehr kristallisierte sich der Wunsch nach einer wissenschaftlichen Karriere in der Endphase des Studiums heraus. Besonders hervorgehoben wurde in diesem Zusammenhang die Wertschätzung gegenüber Mentoren, zumal das wissenschaftliche Nachwuchspotential bei allen Befragten ausschließlich von Männern erkannt und gefördert wurde. Gleichzeitig wurde die Bedeutung von Frauen und ihr Wirken in der Wissenschaft unterstrichen, bei nicht konkreter Benennung weiblicher Vorbilder. Ob es zu den jeweiligen Zeitpunkten überhaupt ausreichend Frauen in Schlüsselpositionen der betreffenden Disziplinen gegeben hat, ist unklar und bedarf einer weiteren Untersuchung.



*Fotograf: Reinhard Friedrich / FU Berlin, UA,
Foto-Sig. RF0074-08*

Bei den Befragten, die sich neben dem Beruf eine eigene Familie aufbauten oder sich um familiären Angelegenheiten kümmern mussten wurde klar, dass die vorhandenen Fördermaßnahmen von Frauen keinesfalls ausreichen. Hier wurde zum Teil sogar eher vom Gegenteil gesprochen. Professorinnen muss-

ten sich unter Kolleginnen selbst unterstützen, hier und da Tipps austauschen, wie man das Familienleben und die eigene Karriere halbwegs unter einen Hut bekommt. In fast allen Fällen waren die Frauen hier im Nachteil, auf sich allein gestellt und bekamen von ihren männlichen Kollegen kein Verständnis. Oben auf der Karriereleiter angekommen „weht ein ganz anderer Wind“ und sie sind auf sich allein gestellt. Selten werden sie da noch von Kolleg:innen unterstützt oder gefördert. In diesem Bereich ist der Beruf der Akademiker:in noch sehr veraltet und bedarf einer dringenden Modernisierung. Aus den Interviews ist ebenfalls zu entnehmen, dass das Konzept der Gleichstellung selbst ein Dilemma erzeugt. Zum einen wollen die Frauen im Hinblick auf ihre Karriere nicht zurückstecken, gleichzeitig bekommen sie aber nicht genug Unterstützung und werden zum Teil für ihren Weg kritisiert. Es gibt einige Aspekte der Gleichstellung, die nicht biologisch veränderbar sind, weshalb in bestimmten Bereichen bessere Konditionen geschaffen werden müssen. Das Beispiel von Frau Dr. Dora Fischer zeigt besonders gut, dass Frauen, die etwas geleistet haben, zu schnell in Vergessenheit geraten und mehr Beachtung bekommen sollten. Es sollte mehr für Frauen in der Wissenschaft am Institut geworben werden und die Rahmenbedingungen für eine Karriere in der Wissenschaft gezielter verbessert werden. Dies ist aber auch nur ein externer Faktor, der den Frauen am Institut helfen kann. Sie selbst sollten sich untereinander mehr schätzen, zuhören und unterstützen. Das Konzept der Gleichstellung an der FU und insbesondere der Frauenförderplan des OEI ist in der Theorie zumindest vielversprechend, bedarf jedoch in der tatsächlichen Umsetzung eine Anpassung an die realen Bedingungen und Bedürfnisse der Frauen. Diese sollten ihr Geschlecht nicht nur einfach hinnehmen und damit lernen zu leben,

sondern sich gezielt auch für die eigene Gleichstellung einsetzen. Denn nur so können Probleme erkannt und mit Fördermaßnahmen behoben werden.

Quellen

Statistische Bundesamt: Frauenanteile nach akademischer Laufbahn, Stand 20. Oktober 2020

Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021 | Stand: 05.09.2021 / 12:59:04, 21351-0001:Habilitationen: Deutschland, Jahre, Fächergruppen, Nationalität, Geschlecht.

5. Nord Stream 2 – Probleme und Herausforderungen der Osteuropaforschung

Fiete Lembeck, Olivera Tornau und Benjamin Vogel



© Nord Stream 2 / Nikolai Ryutin

Abstract

Trotz politischer Krisen und Kritik aus der Gesellschaft: mit dem Bau von Nord Stream 2 geht es immer weiter, das Pipelineprojekt scheint bald abgeschlossen. Seitdem Bundeskanzlerin Angela Merkel und Russlands Präsident Dmitrij Medvedev im November 2011 symbolisch den „Hahn aufdrehen“, geht das transnationale Projekt politisch und wirtschaftlich durch Höhen und Tiefen: Sanktionen, Baustopps, geopolitisches Ringen und Machtfragen begleitet von Umweltbedenken. Als Wirtschaftsprojekt zwischen Ost und West ist Nord Stream 2 auch ein Forschungsobjekt – der Osteuropaforschung. Unser Projekt will wissen warum: welche Rolle spielt die deutsche Osteuropaforschung, wie erklärt sie politische Wirren und die mangelhafte Einbindung gesellschaftlicher Akteure? In einem Vergleich mit den osteuropäischen Forschungsdisziplinen möchten wir die Dynamiken sichtbar machen, die dem scheinbar ausschließlich wirtschaftsgesteuerten Röhren-Deal zugrunde liegen.

Das Projektvorhaben – Methodik und Ablauf

Im Zentrum unseres Projekts stand die Auseinandersetzung mit der Osteuropaforschung im Bezug zu Nord Stream 2. Wir fragten uns, in welchen Kontexten das Bauvorhaben sich verorten lässt und wie die Osteuropaforschung das Zerren und die Wirren um das Projekt erklärt. Stimmen aus Polen, der Ukraine, Litauen und anderen ostmitteleuropäischen Staaten, die versuchen, das Projekt zu verhindern, machten das Projektvorhaben noch relevanter für uns. Daher möchten wir ein breites Bild der Osteuropaforschung zeichnen und ihre Sicht auf Nord Stream 2 zeigen. Zunächst bedeutete das eine grundlegende Recherche zu dem Bauvorhaben und der Suche nach geeigneten Interviewpartner:innen. Da wir das Bauvorhaben nicht als rein ökonomisches Thema verstehen, entwickelten wir ein breiten Fragenkatalog mit 14 Fragen, der den vielseitigen Stimmen gerecht werden sollte und trotzdem vergleichbar bleiben musste. Auf der Suche nach Interviewpartner:innen suchten wir gezielt nach Expert:innenstimmen aus Polen, der Ukraine aber auch nach Politolog:innen und Journalist:innen. Schlussendlich konnten wir fünf hochrangige für uns gewinnen. Diese Interviews werden in einem breitaufgestellten Artikel Anwendung finden, der das Pipeline-Projekt für eine breite Öffentlichkeit nachvollziehbar mit Blick auf die Osteuropawissenschaften diskutieren soll.

Nord Stream 2 – der lange Weg nach Lubmin

Mit der Planung und dem Bau von zwei weiteren Strängen nahezu parallel zu der bereits vorhandenen Nord Stream Pipeline hat das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 zu weitreichenden Konflikten geführt. Nicht zuletzt wegen der Annexion der Krim steht das Bauvorhaben unter breitem Beschuss vor allem durch die Staaten Ostmitteleuropas und die

USA, die aber im Juli 2021 von weiteren Sanktionen zur Verhinderung des Projekts absahen. Zu großen Kontroversen führte bereits der Bau der Nord Stream Pipeline, die der ehemalige polnische Verteidigungsminister Radek Sikorski mit dem Hitler- Stalin-Pakt verglich. Die östlichen Staaten Europas, allen voran die Ukraine, befürchten, dass sie als Transitländer für die Beförderung von russischem Gas nach West- und Mitteleuropa überflüssig werden könnten und so die Vormachtstellung von Gazprom gestärkt würde und die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet wäre. Dabei ist die Verflechtung zwischen Westeuropa und Russland in keinem anderen Sektor derart eng. Bereits in den 1950er Jahren baute die Sowjetunion ihre Stellung auf dem europäischen Ölmarkt aus.



© Nord Stream 2 / Paul Langrock

So exportierten schon die Bolschewiki ungeachtet aller ideologischen Unterschiede Öl in den kapitalistischen Westen, um Zugang zu Devisen und Technologien zu erlangen. Mit der Entscheidung über die Erschließung der Erdgasfelder in Westsibirien mit dem Ziel, das geförderte Gas direkt nach Westeuropa zu liefern, legte die Sowjetunion den Grundstein für den späteren Aufstieg Russlands zur Energiegroßmacht. Das Pipeline-Projekt reiht sich somit in eine lange Tradition der Ost-West-Verflechtung im Bereich der Energie ein. Zu großen Konflikten sollte das 2015 initiierte Bauvorhaben trotzdem führen, bis sein

Bau 2018 nach zahlreichem Klagen und Einwänden von Umweltorganisationen und osteuropäischen Staaten endlich begann und schon im Dezember 2019 zu US-amerikanischen Sanktionen führte. Der Bau der 1200 km langen Pipeline von Ust-Luga bis nach Lubmin wurde zudem begleitet von den Anschlügen auf Sergei Skripal und Aleksej Naval'nyj, die jedoch nicht zum Abbruch der Bauarbeiten führten. Allen Kritiken zum Trotz steht die Fertigstellung von Nord Stream 2 nun kurz bevor.

Die Rolle der Osteuropaforschung

Welche Rolle spielt die Osteuropaforschung? Das Projekt unterstellt: der Forschungsbereich wurde zu wenig gehört. Nord Stream 2 ist ein deutsch-russisches Projekt, umgesetzt auf ost- und westeuropäischem Territorium, unter Beteiligung internationaler Unternehmen. Die Position Russlands ist dabei eindeutig, da es sich aus der Fertigstellung nur Vorteile verspricht. Unklarer sieht es im Westen aus: unterschiedliche Interessen, Kritik auf allen Ebenen, Sanktionen der USA gegen Projektbeteiligte. Wie aber erklärt sich die Kritik der osteuropäischen Nachbarländer – wie blickt die Osteuropaforschung auf die Thematik und welche Rolle spielt sie in Deutschland? Einst wichtiger Dienstleister der Politik im Kalten Krieg und stark gefragt, später dann weitgehend unbeachtet und institutionell geschwächt. In Deutschland durchlebte der Forschungsbereich Osteuropa Höhen und Tiefen. Mit Beginn des 21. Jahrhunderts kämpfte die Regionalforschung in Deutschland mit institutionellem Rückbau und Personalmangel. Und heute? Ist die Osteuropaforschung wieder mehr gefragt. Autoritäres Erstarren im gesamten Raum Osteuropas, ein außenpolitisch aggressiv agierendes Russland, Krim-Annexion und Giftanschläge machen deutlich: es braucht wieder mehr Osteuropaexpertise, um Wandlungsprozesse, die Situation in

der Region und das Verhältnis zu osteuropäischen Akteur:innen besser zu verstehen. Der neu wahrgenommene Bedarf trifft auf schwierige Verhältnisse: wenig Lehrstühle, abnehmende Fächervielfalt und Expertise. Die Expert:innen-Interviews zeigen, die aktuelle Osteuropaforschung ist unterschiedlich gut aufgestellt – je nach Fachrichtung. Während Fachrichtungen wie Sozialwissenschaften stark vertreten sind, attestieren unsere Interviewpartner:innen wirtschaftswissenschaftlichen und juristischen Disziplinen eine deutliche Unterrepräsentanz. Osteuropaforschung ist ein interdisziplinär geprägtes Forschungsgebiet, dessen Disziplinen in den letzten Jahren untereinander zwar stärker verknüpft wurden – aber auch an Vielfalt verloren habe.

Worum geht es bei der Kritik an Nord Stream 2?

Die Kritik an dem Pipeline-Projekt dürfte den meisten Menschen präsenter sein, die Bedeutung der historisch gewachsenen deutsch-russischen Energiekooperation jedoch kaum. Um zu verstehen, welche Rolle die Wissenschaft einnimmt, muss erst einmal geklärt werden; worum genau geht es bei der Kritik an dem Pipeline-Projekt?

Die geführten Interviews zeigen: auch die Wissenschaft thematisiert aus der Öffentlichkeit bekannte Kritikpunkte: eine drohende Abhängigkeit von Russland, das Übergehen ukrainischer oder polnischer Interessen, ein Primat wirtschaftlicher Interessen sowie Umweltschutzbedenken, die im Widerspruch zu den Klimaschutzzielen der EU stehen.

Bisher weniger laut vernehmbare Kritik thematisiert Fragen der Rentabilität des zukünftigen Gastransits. Wird überhaupt ausreichend Erdgas durch die Pipeline geleitet, und wie werden bestehende Verbindungen (Nord Stream I) dann noch genutzt?

Wieso sind so wenige Stimmen in der Öffentlichkeit zu vernehmen?

Bezüglich der Menge der Stimmen von Osteuropaforscher:innen, die sich öffentlich zu Nord Stream 2 äußern, besteht unter unseren Interviewpartner:innen kein Konsens. Zum einen, lässt sich die Osteuropaforschung nicht als geschlossene Einheit sehen, zum anderen unterscheiden sich grundsätzlich zwei Typen an Forscher:innen, die entweder im sogenannten „Elfenbeinturm der Wissenschaft“ arbeiten oder denjenigen, die ihre Einschätzung zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen öffentlich äußern. Nach Ansicht mehrerer Gesprächspartner:innen gibt es zu wenige Forscher:innen, die dazu bereit sind.

Andere wiederum sehen weder in den Medien noch in der Politikberatung ein großes Defizit an Stimmen aus der Osteuropaforschung zu Nord Stream 2, sondern eher das Problem fehlenden Interesses sowohl innerhalb der Gesellschaft als auch auf politischer Ebene, Nord Stream 2 fundiert zu diskutieren. Auffällig ist, dass trotz der überwiegenden Zahl an Osteuropaforscher:innen in Deutschland, die einen historischen und soziologischen Schwerpunkt haben, es gerade aus diesem Bereich wenig öffentlich zugänglich gemachte Forschungsergebnisse und Einschätzungen gibt, sondern das Thema häufig „nur“ aus einer wirtschaftlichen Perspektive Beachtung findet. Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass Nord Stream 2 zwar häufig medial thematisiert, aber in seiner Komplexität in den letzten Jahren weder in der Politik noch in der breiten Öffentlichkeit diskutiert worden ist. Für eine breite Diskussion des Themas in der Osteuropaforschung gibt es zu wenige thematisch befasste Forscher der Gegenwart, sodass es in den letzten fünf Jahren keine wesentlichen Veröffentlichungen von Seiten der Osteuropaforschung zu Nord Stream 2 gab.

Wie realistisch wird eine reibungslose Nutzung gesehen?

Ob es für Russland, bzw. für Gazprom rentabel sein wird, oder wie manchmal behauptet, ein Verlustgeschäft wird, hängt davon ab, wie sich der Bedarf an Gasimporten von deutscher Seite entwickelt, genauso wie das Angebot an Gasquellen und die Entwicklungen des Marktes sein werden. Zudem hängt es von der Zusammensetzung der Bundesregierung und dem Ausmaß der Förderung von erneuerbaren Energien ab. Die Möglichkeit für Russland, mehr Druck auf die Ukraine ausüben zu können, hängt letztlich von Verhandlungen mit der Bundesrepublik ab, die im Vorfeld, versucht eine gesicherte Versorgung für die Ukraine, Rumänien, Bulgarien und Polen zu erwirken. Es sind mehrere Szenarien möglich: die problemlose Nutzung, die wie in der Vergangenheit auch, die Gastransporte fein säuberlich bei politischen Unstimmigkeiten und Sanktionen ausspart. Ein anderes Szenario wäre, dass Russland mithilfe der Pipeline weiter Zwietracht zwischen den Mitgliedsstaaten der EU sät. Ob sich Russland langfristig an Vereinbarungen halten wird, bleibt abzuwarten. Auch wie sich die Kritik an dem Projekt in den mittelosteuropäischen Ländern entwickelt, hängt vom Agieren Russlands und den jeweiligen Regierungen Mittelosteuropas ab.

Relevanz und Fazit

Obwohl es eine gegenseitige energie-wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen Lieferant und Abnehmer gibt und diese Kooperation des Energiehandels zwischen Russland und Deutschland Tradition hat, ist das Thema der Abhängigkeit Deutschlands von Russland erstmals mit Nord Stream 2 in ein derart breites gesellschaftliches Bewusstsein gekommen. Die Debatte scheint vor allem einen symbolischen Charakter zu haben, in der Nord Stream 2 für das zunehmend schwierige Verhältnis zu

Russland, für die Problematik im Umgang mit autoritären Staaten und nicht zuletzt für die scheinbar nur reagierende Außenpolitik Deutschlands steht. Die außerordentliche Relevanz unseres Projekts ergibt sich nicht nur dadurch, dass ungeachtet seiner symbolischen Bedeutung Nord Stream 2 zu den weniger untersuchten Gegenständen der Osteuropaforschung gehört, sondern auch durch die geschichtsträchtige deutsch-russische Kooperation, die immer wieder zu Bedrohungsängsten in den mittel- und osteuropäischen Staaten führt. Die Untersuchung der Rolle der Osteuropaforschung im Projekt zeigt: Die Stimmen der Osteuropaforschung zu Nord Stream 2 können wertvolle Erkenntnisse liefern, die der Öffentlichkeit nicht vorenthalten bleiben sollten.

Literatur

Benz, Matthias (2016). Abwehrreflexe im «Zwischenraum». <https://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/osteuropaeische-laender-bekaempfen-nord-stream-2-abwehrreflexe-im-zwischenraum-ld.5005>

Geführte Interviews: Prof. Dr. Peter Oliver Loew, Prof. Dr. Hans Henning Schröder, Andreas Umland, Dr. Manfred Sapper, Prof. Dr. Alexander Libman

Götz, Roland: Nord Stream 2. Die politisierte Pipeline. In: Osteuropa, 69. Jg., 1-2/2019, S. 23-32

Lang, Kai-Olaf, & Westphal, Kirsten (2016). Nord Stream 2: Versuch einer politischen und wirtschaftlichen Einordnung. SWP-Studie, S. 21

Perović, Jeronim (2013). Russlands Aufstieg zur Energiegroßmacht: Geschichte einer gesamteuropäischen Verflechtung. Osteuropa 63(7), S. 5

Schröder, Hans Henning (2019). Politikberatung und Osteuropaforschung, in: Russland-Analysen Nr. 372

6. Projekt: Queer (re-search) in Poland and Russia

Andrey Dimitriev, Veronika Haluch, Nicole Malodobry, Lidia Mgebrishvili und Franziska Pullmann



Fotografiert während des CSD Berlin Pride in Berlin Kreuzberg, 2021 © Projektgruppe

Abstract

Unser Projekt befasst sich mit Wissenschaftler:innen die zu LGBTQIA* in Polen und Russland forschen. Im Fokus steht die Beeinflussung seitens der Politik, die argumentiert, dass diese Forschung nicht zu der staatlichen Ideologie und ihren Werten zähle und den gesellschaftlichen und politischen Zusammenhalt destabilisiere. Mit Hilfe leitfadengestützter Interviews lassen wir Forschende dazu zu Wort kommen. Dabei liegt ein besonderes Augenmerk auf der Netzwerkbildung, der Auswahl von Forschungsthemen sowie dem Verhältnis von Aktivismus und Forschung. Ebenso soll herausgefunden werden, ob der scheinbar vermehrte politische Druck

auf diesen Wissenschaftszweig zu größeren Problemen in der Forschung führt. Die Ergebnisse werden schließlich zu den dahinterstehenden gesellschaftlichen und politischen Dynamiken kontextualisiert.

Queersein in Osteuropa: Herausforderungen und Realität

Seit 2019 haben sich Dutzende von Kleinstädten in Polen zu "LGBT-freien Zonen" (Strefy wolne od LGBT) und somit als "frei von LGBT-Ideologie" erklärt. Politiker:innen der regierenden nationalkonservativen PiS-Partei haben sich seit ihrer Machtübernahme im Jahr 2015 lange gegen Angehörige der LGBTQIA* Gemeinschaft ausgesprochen und homophobe Verhaltensweisen und Aktionen gefördert. Bis heute gibt es über 100 solcher Zonen, vor allem im Südosten Polens. Die hier verabschiedeten Resolutionen gegen LGBTQIA*-Personen fördern feindseliges Verhalten und Diskriminierung und zwingen viele dazu, die Region oder das Land zu verlassen oder machen es unmöglich, offen queer zu leben.

Zusammen mit vielen anderen osteuropäischen Ländern wie Ungarn hat auch Russland mit einer wachsenden Homophobie unter den Bürgern zu kämpfen, die durch das Gesetz gegen LGBTQIA*-Propaganda sowie die Änderung bezüglich ausländischer Agenten inspiriert und gefördert wird. Durch diese Vorschriften wird konservativen, LGBTQIA*-feindlichen und nationalistischen Aktivisten der Boden bereitet. Die Freiheit der Meinungsäußerung und der Darstellung der LGBTQIA*-Gemeinschaft ist eingeschränkt. Die wachsende Homophobie und Rhetorik gegen LGBTQIA* Personen in beiden Ländern gefährdet nicht nur die Gemeinschaft selbst und die Aktivist:innen, die für sie kämpfen. Sie ist auch der Grund für die Unterdrückung der Wissenschaft, v.a. der Gender- und Queer Studies, in Russland und Polen.

Prozess des Forschungsprojekts

Unsere Hypothese ist, dass Wissenschaftler:innen vermehrt Restriktionen gegenüberstehen sehen und von Politik und Gesellschaft negativ in ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit beeinflusst werden. Das Projekt besteht aus leitfadenbasierten semi-strukturierten Interviews mit Forschenden aus Polen und Russland, die im Zeitraum von Mai bis Juni online 2021 durchgeführt wurden. Zusätzlich fand eine umfangreiche Recherche zum aktuellen Stand der LGBTQIA*-bezogenen Forschungen und deren Themenschwerpunkten in beiden Ländern statt.

Beide Länder wurden am Anfang unabhängig voneinander betrachtet und mithilfe der Qualitativen Inhaltsanalyse zusammengebracht. Die erhobenen Daten der Interviews wurden transkribiert und anschließend durch eine inhaltsanalytische Codierung der Transkripte zusammengeführt. Mit der zusammenfassenden Inhaltsanalyse sollen aus den wesentlichen Inhalten systematisch Ähnlichkeiten erarbeitet werden.

Dabei wurde besonders auf die Häufigkeiten bestimmter Erfahrungen der Forschenden geachtet und darauf, wie diese die Grenzen und Möglichkeiten ihrer Forschung wahrnehmen. Dieser Vergleich macht die Erfahrungen Forschender beider Länder vergleichbar. Ebenso bot er die Möglichkeit, die Daten aus den Interviews theoretisch relevanten Tatsachen zuzuordnen.

Die Präsentation der Ergebnisse soll anhand einer Broschüre erfolgen. Diese bietet die Möglichkeit die Forschung einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen und visuell ansprechend die Schwerpunkte und Hintergründe der Forschung zusammenzubringen.

Theoretischer Hintergrund

Den theoretischen Hintergrund unserer Untersuchung bilden zwei entgegenge-

setzte Ordnungsmodelle: Universalismus und Partikularismus. Diese Modelle bestimmen in vielen Aspekten die Realität der Welt und beeinflussen die Entwicklung einzelner gesellschaftlicher Bereiche wie Politik, Religion, Wirtschaft und Wissenschaft. Als Universalismus wird ein Zustand oder Konzept der politischen Systeme bezeichnet, die einen universalen Anspruch reklamiert. Als Beispiel dafür könnte man die Menschenrechte betrachten. Menschenrechte sind unabhängig von Nationalität und Ideologie und gelten universal für alle Menschen.

Im Gegensatz hierzu versucht der Partikularismus diese Universalität aufzubrechen und Gegenteiliges zu erreichen: hier versuchen kleine Einheiten, Gruppen oder einzelne Länder, ihre Interessen und Rechte durchzusetzen und übergehen dabei oft aktiv eigentlich als universal geltende Rechte. Ein Teil des Systems versucht gegenüber dem Zentrum oder einer zentralen Institution an Gewicht zu gewinnen.



Marzahn Pride 17. Juli 2021, Berlin © Projektgruppe

Die Verfolgung nicht-heterosexueller Personen war auch in der Zeit des Sozialismus in Polen und Russland Realität. Obwohl in Polen Homosexualität offiziell als nicht strafbar galt, wurden Personen überwacht und verfolgt. Mit dem Zerfall der Sowjetunion und den einhergehenden Demokratisierungsprozessen und der Anpassung an westliche Gesellschaftsstrukturen schien sich die Situation zu ändern. Im Osteuropa der 90er verbreiteten sich (westliche) universale Werte, darunter fielen auch die Rechte der LGBTQIA*-Personen.

Ab 1993 galten in Russland einvernehmliche sexuelle Handlungen zwischen erwachsenen Männern als nicht mehr strafbar, in Polen wurde die Überwachung und Verfolgung nicht-heterosexueller Personen eingestellt. Als in den 2000ern die Bildung der russischen bzw. polnischen nationalen Identität angetrieben wurde, entwickelten sich Konflikte zwischen den westlichen Werten und partikularen Interessen der beiden Länder. Die Haltung der Europäischen Union zu LGBTQIA* und zur rechtlichen Gleichstellung sexueller Minderheiten wurde als Bedrohung nationaler Werte und des Zusammenhalts in den Ländern gesehen. Iver Neumann schreibt hierzu:

The official Russian stance is now that Russia itself is 'true Europe', a conservative Great Power that guards Europe's true Christian heritage against the 'false Europe' of decadence and depravity to its West.

Im Jahr 2013 verabschiedete die Duma das Gesetz über „Propaganda von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen gegenüber Minderjährigen“, um damit angeblich traditionelle russische Werte vom Einfluss westlicher Ideen zu schützen. Der Staat hat damit die Möglichkeit, nicht nur das private Leben einzelner Bürger, sondern auch Organisa-

tionen, NGOs, Universitäten und Forscher:innen die sich mit dem Thema beschäftigen, zu überwachen.

In unserem Projekt wollen wir untersuchen, inwieweit Russland und Polen versuchen, partikulare Interessen im wissenschaftlichen Bereich zu verfolgen und welchen Einfluss die Regierung somit auf die Forschung zu LGBTQIA* Themen nehmen kann. Seitens der Forschenden wollten wir herausfinden, ob Einflüsse wie Sprache, Medien, Aktivismus und politische Anschauung das Forschungsfeld und ihren beruflichen Standpunkt bestimmen. Mikhail Sokolov schreibt, dass die Sprache der Forschung das Publikum bestimme. Wenn Forscher:innen in ihrer Muttersprache publizieren, beschränken sie die Anzahl der Leser:innen. In Ländern wie Russland und Polen bedeutet das, dass die Sprache einer Studie oder eines wissenschaftlichen Artikels die Leserschaft bestimmt. Neben der Sprache sind es viele weitere Einflüsse, die den Forschungsstand beeinflussen und bestimmen, zu welchen von den genannten Ordnungsmodellen einzelne forschende Personen oder die lokale Wissenschaft gezählt wird.

In vielen postsowjetischen Ländern gibt es eine Kluft zwischen denjenigen, die sich als Teil der globalen Wissenschaftsgemeinschaft identifizieren und denjenigen, die sich an lokalen Debatten, Zielgruppen und Forschungsmethoden orientieren. Diese Kluft ist abhängig von Sprache, kulturellen und politischen Situationen innerhalb des Landes und hängt auch von den politischen Beziehungen des Landes mit anderen Ländern ab. In unserem Projekt untersuchen wir, inwieweit in Russland und Polen im wissenschaftlichen Bereich partikulare Interessen verfolgt werden und welchen Einfluss diese auf die LGBTQIA* Forschung haben.

Polen

In Polen erfahren die Queer Studies mit der zunehmenden Sichtbarkeit (der politischen Kämpfe) der LGBTQIA* Gemeinschaft im öffentlichen und politischen Raum ein wachsendes Interesse. Doch während einerseits diese Sichtbarkeit ansteigt, sieht sich die Gemeinschaft dem Erstarken rechter, konservativer Kräfte in Politik und Kirche konfrontiert, die Kräfte und Ressourcen gegen queere Emanzipation mobilisieren.

Für den akademischen Bereich gehen von diesen Bewegungen, wie sich bei unserer Forschung gezeigt hat, weniger konkrete Bedrohungen für Personen und Projekte hervor. Dennoch kann man von einem gesteigerten Unbehagen innerhalb der Wissenschaftsgemeinschaft hinsichtlich der aktuellen Entwicklung sprechen. Die Forschenden sehen sich unter Druck gesetzt, die Anforderungen zu erfüllen, die ihnen seitens ihrer Institutionen gestellt werden, unterliegen die Finanzierung staatlicher Kontrolle untersteht. Dadurch werden für bestimmte Projekte Finanzierungen nicht genehmigt und sie in ihrer Arbeit gehindert. Was alle Befragten in ihrer Sicht auf die Zukunft der LGBTQIA*-bezogenen Wissenschaft teilen, ist, dass sie in der gesteigerten konservativen, religiösen, und politischen, Einflussnahme auf die Wissenschaft eine Gefährdung der ohnehin schon in einer Nische befindlichen queer studies befürchten.

(...) then when it comes to other researchers, there are some kinds of say attacks in the sense of verbal attacks, but it is a purely political game, one of the politicians - for example - said, oh this professor, cannot be trusted because look at his curriculum, he or she is involved in kind of LGBT+ issues or gender studies or whatever. But this is just, you know, political talking, I have not heard personally about anybody who was in anyhow limited in their re-

search possibilities, more it is the situation of the NGOs, because they were stopped any financing from public sources. (Auszug aus einem Interview mit einem Wissenschaftler aus Polen)

Wir konnten auch feststellen, dass die Netzwerke der Wissenschaftler:innen die sich mit LGBTQIA*-nahen Themen auseinandersetzen, oft über die Wissenschaft hinausgehen.



Marzahn Pride 17. Juli 2021, Berlin © Projektgruppe

Russland

Dass die russische Regierung in der Lage ist, eine ganze Universität für Jahre zu schließen, weil sie sich offiziell nicht an die geltenden Regeln hält, wie z. B. die Bereitstellung eines Freizeit- und Übungsschwimmbads für Studierende, ist nur ein Beispiel aus 2017 in St. Petersburg. Einen anderen Grund könnte man darin sehen, dass die liberale Haltung der Europäischen Universität in Wissenschaft und Forschung, die Kurse und Module wie Gender Studies oder Queer Theory anbietet, der eigentliche Grund der Schließung ist. Als der Uni die Lizenz entzogen wurde, wurden auch viele PhD-Programme

zum Thema LGBTQIA* eingestellt und auch nach der Wiedereröffnung nicht mehr angeboten. Seit dem 2013 erlassenen Propaganda-Gesetz stieg zwar einerseits die Sichtbarkeit der Gemeinschaft sowie das öffentliche Interesse an deren Problemen, jedoch erhöhte sich auch der rechtspolitische Druck auf die Forscher:innen. Viele Akademiker:innen wurden von der Polizei bzw. dem russischen Inlandsgeheimdienst FSB angezeigt; zahlreiche LGBTQIA* Zentren und andere Organisationen wurden verboten bzw. zur Schließen gezwungen. Außerdem kam es zu vermehrten homofeindliche Attacken auf Wissenschaftler:innen, die von staatsnahen zivilgesellschaftlichen Organisationen und religiösen Aktivisten organisiert wurden. Aktuell kann man einen Brain-Drain Trend beobachten, da sich viele bedroht fühlen und es nur begrenzte Möglichkeiten im akademischen Bereich gibt. Unsere Interviewpartner:innen heben hervor, dass eines der größten Probleme die Finanzierung sei, die fast ausschließlich von westlichen Ländern komme. Dies nutzt die Regierung als weiteres Argument in ihrer politischen Agenda gegen die Community, die angeblich den Staat von außen destabilisiere:

(...) because of the lack of funding, because of all these gender centers being closed down! So there is both. Probably more interest and more spread of information about LGBT topics and issues, but at the same time less production of this kind of knowledge on the Russian territory. The knowledge is being produced outside. And it will have its consequences, by strengthening the idea that queerness, that homosexuality is brought from somewhere else to Russia, something that penetrates its' territorial borders from the outside.

Viele Wissenschaftler:innen behaupten, dass sie relativ gut ausgebaute Netzwerke mit Aktivist:innen entwickeln und zusammen Studien organisieren,

sind aber oft selber auch als Aktivist:innen tätig.

Zusammenfassende Schlussfolgerungen

Wie bereits erläutert, wird in Polen und Russland derzeit staatliche Homophobie gefördert (LGBT-ideologiefreie Zone/Gesetz über homosexuelle Propaganda). Dies hat auch Auswirkungen auf die Wissenschaftler:innen, die sich der Queeren Forschung in Polen und Russland widmen. Zwar besteht in Polen noch eine Unabhängigkeit der Universitäten und viele Universitäten gelten als liberal, doch Polens offen homophober Bildungsminister Przemysław Czarnek von der PiS-Partei gefährdet diese Unabhängigkeit. So verkündete er, dass an den Universitäten Redefreiheit herrsche, was zunächst liberal klingen mag, im Endeffekt aber bedeutet, dass Personen, die an der Universität arbeiten und lehren, auch offen homophob sein und homophobe Inhalte lehren können. Neben den Gedanken der Wissenschaftler:innen an eine Migration in (vermeintlich) liberalere Länder, führt die staatlich geförderte Diskriminierung auch zu Widerstand in und außerhalb der Wissenschaft.

Obwohl das schwammig formulierte Propaganda-Gesetz in Russland offiziell nur Minderjährige vor angeblich schädlichen Inhalten schützen soll, wirkt es auch auf viele andere Bereiche des öffentlichen Lebens und wird dort willkürlich angewandt. Nicht nur Schulen, sondern auch Universitäten sowie andere Kultur- und Bildungseinrichtungen müssen mit starken Einschränkungen rechnen. So ist es verboten, eine positive Einstellung zu LGBTQIA* zu „propagieren“ – auch in Massenmedien und vor allem an solchen Orten, wo Kinder und Jugendliche präsent sein können. Dies führt zu einer Selbstzensur und beeinflusst dadurch auch Wissenschaftler:innen, die sich unterdrückt fühlen und im akademischen Bereich erheblich eingeschränkt sind.

Instagram Account: https://www.instagram.com/project_research_queer_ru.pl/

Das Projekt wurde aus dem Budget des ‚Seed Money‘ für Initiativen der ‚Science Communication and Knowledge Transfer‘ für Projekte im Bereich der Gender Studies des Interdisziplinären Zentrums für Geschlechterstudien (IZG), dessen Aufgaben das Margherita-von-Brentano-Zentrum der Freien Universität übernimmt, gefördert.



Literatur

Edenborg, E., (2020). Russian LGBT Politics and Rights. Oxford Research Encyclopedia of Politics.

Kondakov, A., (2016). Teaching Queer Theory in Russia. QED (East Lansing, Mich.). [Online] 3 (2), 107–118.

Kulpa, R., & Mizelińska, J. (Eds.). (2011). De-Centring Western Sexualities: Central and Eastern European Perspectives (1st ed.). Routledge.
<https://doi.org/10.4324/9781315576107>

Mikhail Sokolov: "The sources of academic localism and globalism in Russian sociology: the choice of professional ideologies and occupational niches among social scientists." (Current Sociology 67.6 (2019): 818-837.

Moss, K. (2021), Russia's Queer Science, or How Anti-LGBT Scholarship is Made. The Russian Review, 80: 17-36.
<https://doi.org/10.1111/russ.12296>

Neumann, I. B. (2016). Russia's Europe, 1991–2016: inferiority to superiority. International Affairs, 92(6), 1381-1399, S. 1383

Szulc, L. (2017). Transnational homosexuals in communist Poland: Cross-border flows in gay and lesbian magazines. Springer.

7. Studieren am OEI – Gestern und Heute

Michael Derho, Maximilian Lauer und Amy Zimmermann

Das 1951 gegründete Osteuropa-Institut, welches seit seinem Bestehen zahlreiche Wandlungen hinter sich hat, blickt auf eine turbulente Geschichte zurück. Dies betrifft auch die Lehre am Institut, die sich im Laufe dieser Jahre – angefangen bei der Konstellation der Studiengänge, über angepasste Lehransätze bis hin zu den Schwerpunkten des Instituts – stark verändert hat. Als besonders spannend haben wir die politisch aufgeladenen 1990er Jahre am Institut empfunden, weshalb wir unseren Fokus auf dieses Jahrzehnt gelegt haben. Es war eine Zeit, in welcher sich die Region Osteuropa in einem Transformationsprozess befand, wovon das Institut ebenfalls beeinflusst wurde. Aus diesem Prozess heraus wurde im Jahr 1992 der interdisziplinäre Masterstudiengang Osteuropastudien eingerichtet, der bis heute existiert.



Bild von Pixabay

Vor diesem Hintergrund und aus Interesse an der Lehre und den beruflichen Perspektiven unseres eigenen Studiengangs, haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, ehemalige Studierende zu ihren Erfahrungen am Osteuropa-Institut zu interviewen. Unser Fokus liegt dabei primär auf der Lehre, dem Forschungsangebot, den politischen Umständen rund um das Osteuropa-Institut in den 90er Jahren sowie den gewonnenen

Kompetenzen der Studierenden. Um einen Vergleich liefern zu können, wie sich das Institut und sein Lehrangebot im Laufe der Zeit gewandelt haben, befragten wir zusätzlich aktuelle Studierende des Masterstudienganges über ihre Motivation, über die Lehre während der Covid-19 Pandemie, über das heutige Lehrangebot am Institut und über ihre Zukunftsaussichten. Um die letzten Jahrzehnte reflektieren und gegenüberstellen zu können und die Forschung von gestern und heute zu untersuchen, haben wir uns als Gruppe entschlossen, halbstrukturierte Leitfadenterviews mit jeweils vier ehemaligen und aktuellen Studierenden durchzuführen. Dabei haben wir versucht, sowohl auf die ethnische Vielfalt der Befragten, als auch auf ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis zu achten. Bezüglich unserer Interviews waren unser Rahmenthema und unsere Interviewfragen weitgehend vorgegeben, die Antwortmöglichkeiten waren jedoch offen und wichen von Person zu Person ab. Auch bestand bei diesem Interviewtyp Raum für Rück- und Nachfragen. Mit den Interviews und der Gegenüberstellung ehemaliger und aktueller Studierender hoffen wir, einen detaillierten und breitgefächerten Einblick in die Wissenschaft und den Geist der Zeit damals und heute am Osteuropa-Institut geben zu können.

Wie bereits angesprochen, lag unser Schwerpunkt auf den 1990er Jahren. Dieses Jahrzehnt stand unter dem Aspekt des Wandels und des Aufbruchs. Das Ende des Kommunismus und der Beginn des größten politischen und ökonomischen Transformationsprozesses im 20. Jahrhundert gingen auch am Osteuropa-Institut nicht spurlos vorbei. So lassen sich in unseren Interviews nicht nur politische Unterschiede zwischen den 90er Jahren und zu heute feststellen, sondern auch Unterschiede im Aufbau und in der Strukturierung des Osteuropa-Instituts.

Das zeitgenössischste Seminar war damals eine Vorlesungsreihe zum Revolutionsjahr 1917. Die aktuellen Entwicklungen in Osteuropa der 80er Jahre spielten im Studium noch keine Rolle. (Interview mit Susanne Orth)

Susanne Orth begann 1985 am Osteuropa-Institut Slawistik, Ost und Südosteuropäischen Geschichte zu studieren, und berichtete uns ausführlich über ihre Erfahrung am Institut. Die damals aktuellsten slawistischen Seminare waren eine Vorlesungsreihe zur Revolution 1917 und zur Lyrik von Joseph Brodsky. Susanne Strätling, die ebenfalls Absolventin und heutige Professorin am Osteuropa-Institut ist, bestätigte uns, dass sich die damalige Lehre stark von der heutigen unterscheidet. So gab es noch Veranstaltungen zur Odendichtung in Russland, was heute kaum noch vorstellbar sei. Heute widmen sich die meisten Lehrveranstaltungen, auch auf Wunsch von Studierenden, mehr gegenwartsbezogenen Themen.

Wenn ich an das Osteuropa-Institut denke, denkt man automatisch an Berlin (...) ein großer Ort der Begegnung und des Austausches.“ (Interview mit Prof. Martin Aust)

Nicht nur das Lehrangebot hat sich über die letzten dreißig Jahre gewandelt, auch der Aufbau des Osteuropa-Institutes hat sich verändert. Martin Aust, der heute Professor für Osteuropäische Geschichte in Bonn ist, kam 1995 an das Institut, nachdem er zuvor in Hannover Geschichte und Politikwissenschaften studiert hatte. Seine Interessen lagen schon damals auf der osteuropäischen Geschichte, weshalb er das OEI und den Studienort Berlin für sich als geeignet erachtete. Das Institut bestand damals noch aus mehreren Arbeitsbereichen – Politik/Gesellschaft, Wirtschaft/Recht und Geschichte/Kultur. Neben dem Institut und dem Studium sprach vor allem die politische

Lage für den Standort Berlin. Die politische Aufarbeitung des Kommunismus in Deutschland fand vor allem in Berlin statt. In den Umbruchsjahren 1989 bis 1991 wurden sich neue Fragen gestellt: Wie wird sich die europäische Union erweitern? Wie wird sich das deutsch-russische Verhältnis entwickeln? All dies waren zur damaligen Zeit vollkommen unbeantwortete Fragestellungen, die Aufbruchsstimmung vermittelten und im politischen Berlin sowie am Osteuropa-Institut omnipräsent erschienen.

Im Wintersemester 1992 musste das Institut gar ein Streiksemester aushalten, wie Frau Strätling berichtete. Dieses habe ihre Studienbiografie sehr stark bestimmt. Es ging zu dieser aufbrausenden Zeit weniger um ein Fachstudium, sondern vielmehr um hochschulpolitische Fragen. Seminare wurden zu Debattierclubs am Institut, „Sittings“ wurden während der Vorlesungen veranstaltet und Streikveranstaltungen wie Demonstrationen waren keine Seltenheit.

Wird heute an das OEI der 1990er Jahre zurückgedacht, so ist dieses eng mit der Stadt Berlin verknüpft und existiert in den Köpfen vieler nur in Verbindung mit der politischen Umbruchphase und weniger als eigenständiges Institut der FU Berlin. Ebenfalls prägend zu dieser Zeit waren für unsere Interviewpartner:innen auch der Berliner Ostbahnhof, von welchem die Züge Richtung Warschau abfahren und der Gropius Bau, welcher 1995/96 die Ausstellung „Berlin-Moskau, Moskau-Berlin“ zeigte und osteuropäische Gegenwartskultur nach Berlin brachte.

Berlin und im Speziellen das Osteuropa-Institut waren zu diesem Zeitpunkt ein Treffpunkt für alle, die sich politisch, wissenschaftlich oder auch kulturell mit Osteuropa beschäftigen wollten. So wurde das Osteuropa-Institut als Ort der Begegnung und des Austausches gesehen, so Aust. Frau Orth berichtete uns von ihren Erfahrungen während eines Studierendenaustauschs im Jahre

1988 in Leningrad. Die damalige Zeit war hochgradig politisch aufgeladen, so Frau Orth. Gorbačev war zu dieser Zeit schon im Amt und Parteien gründeten sich praktisch über Nacht. Es ging weniger darum zur Hochschule zu gehen, sondern vielmehr darum, in den Parks dem Spektakel und den politischen Aktionen beizuwohnen.

Während der Studienaufenthalte in Leningrad 1988 bzw. Lublin 1989 habe ich sehr viel mitbekommen: Parteien haben sich praktisch über Nacht gegründet. Und im August 89 die Fluchtwelle aus der DDR nach Warschau. (Interview mit Susanne Orth)

Heutzutage schätzen die Studierenden vor allem die Auswahl an Seminaren und Vorlesungen. Nikita Kin, aktueller Studierender des Studienganges Osteuropastudien im vierten Semester, schätzt insbesondere die große Auswahl an Seminaren in den einzelnen Profildbereichen. Als russischer Muttersprachler hat er im Rahmen des Studiums die polnische Sprache erlernt. Warum Osteuropa so interessant für ihn ist, hat er uns im gleichen Zug erklärt: „da ich russisch spreche, merke ich die Überschneidungen und doch sind die Kulturen anders“. Für Nicolas Butylin (6. Semester) war die Seminarwahl im Fachbereich Geschichte ausschlaggebend, damit er seine historischen Kenntnisse im Masterstudium weiter vertiefen kann. Jakob Burger (2. Semester) haben die Seminare zum Nationalsozialismus und den postkommunistischen Gesellschaften überzeugt, da in diesen Seminaren der Fokus auf den Transformationsprozessen der post-kommunistischen Ländern von 1990 bis heute lag. Hier hat man einen guten Überblick bekommen, weshalb sich der osteuropäische Raum so unterschiedlich entwickelt hat.

Der osteuropäische Raum ist ein sehr emotionaler und interessanter Raum, mit welchem ich mich im privaten wie auch im öffentlichen sehr stark befasse (...)

beginnend von Polen bis Irkutsk“ (Interview mit Nicolas Butylin)

Auch die Schwerpunkte der Lehre haben sich mit der Zeit gewandelt: Lag der Fokus der Studierenden der 1990er Jahre noch auf den Transformationsprozessen in der ehemaligen Sowjetunion, setzen sich die aktuellen Studierenden stärker mit der europäischen Idee und mit der EU auseinander, „wo die osteuropäischen Staaten eine zentrale Rolle einnehmen, um eine friedliche und nachhaltige Welt zu bilden“, so Burger.

Für die aktuellen Studierenden bestand in den letzten anderthalb Jahren die Herausforderungen vorrangig darin, die Distanzlehre zu bewältigen und der neuen Situation mit dem Coronavirus entgegenzutreten. So fiel es einigen besonders schwer, Motivation für das Studium zu finden, insbesondere, wenn man in einer fremden Stadt auf sich allein gestellt ist. Wir hoffen daher, dass in dem nächsten Semester wieder mehr Präsenz zugelassen werden kann, denn Studium ist nicht nur Lehre, sondern auch der tägliche Umgang mit seinen Kommiliton:innen, ein Platz des Austausches und der persönlichen Entwicklung.



Bild von Pixabay

8. Forschung in Osteuropa unter Druck – Wissenschaftspolitik in autoritären Systemen im Vergleich

Josephin Bretschneider, Jakob Burger, Anna Khaerdinova, Jonas Ksienzyk, Aleksandar Ljubomirović und Juri Marschall

Abstract

Der Artikel 13 der europäischen Grundrechtecharta besagt, dass Kunst und Forschung frei sind und die akademische Freiheit geachtet wird. Folglich sind alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verpflichtet, dieses Freiheitsrecht für ihre Bürger zu gewährleisten. Im Laufe der letzten Jahre jedoch vermehren sich Fälle, in denen staatliche Organe in Osteuropa zunehmend Einfluss auf die Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit der Universitäten nehmen. Diese Fälle werden im Rahmen unserer Arbeit näher beleuchtet. Dabei haben wir Interviews mit Student:innen und Professor:innen unterschiedlicher ost- und südosteuropäischer Universitäten geführt und die daraus gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen ausgewertet, um den Status der Forschungsfreiheit in Osteuropa zu bewerten.

Einleitung

Bei Politik und Wissenschaft handelt es sich um zwei relativ selbstständige gesellschaftliche Teilsysteme, die verschiedene Funktionen erfüllen und sich an unterschiedlichen Leitwerten orientieren. Während sich die Wissenschaft auf den Erwerb, Erhalt und die Weiterentwicklung von Wissen konzentriert, ist die Politik auf den Erwerb und den Erhalt von Macht fokussiert. Immerhin sind Politik und Wissenschaft fundamentale Träger einer gesellschaftlichen Entwicklung. Sie sind häufig aufeinander angewiesen, profitieren voneinander

und fördern sich gegenseitig. In solchen Verhältnissen gehören natürlich auch Spannungen dazu, woraus zwangsläufig Verständigungsprobleme und Interessenkonflikte resultieren können.

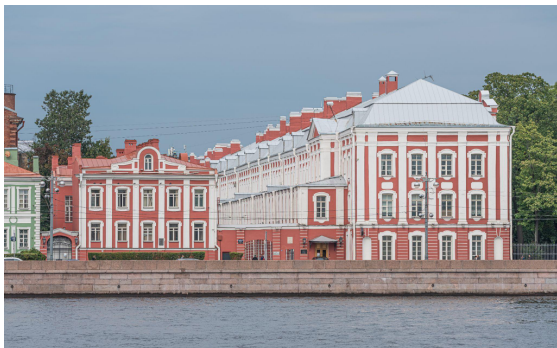
Gerade in den autokratisch regierten Staaten des ehemaligen Ostblocks scheint in den letzten Jahren ein Trend einzusetzen, der die Wissenschaft und deren Forschungsfreiheit mehr und mehr unter Druck setzt. Es ist durchaus bekannt, dass innerstaatliche Freiheit immer ein wichtiger Bestandteil der allgemeinen Bildung und Wissenschaft war, und dass ohne eine solche Freiheit in diesen wichtigen Teilbereichen einer Gesellschaft auch kein langfristiger Fortschritt möglich ist. Studierende und Lehrende an ost- und südosteuropäischen Hochschulen sind Zeugen einer immer mehr eingeschränkten Freiheit für Wissenschaft bzw. Forschung und von zunehmenden politischen Eingriffen. Doch wie sehen diese Lenkungsversuche konkret aus, was für Auswirkungen spüren die betroffenen Studierenden und Lehrenden und gibt es länderübergreifende Gemeinsamkeiten? Auf diese Fragen wurde in unserem Projekt tiefer eingegangen, wobei der primäre Fokus auf die Folgen und die Gründe der Wissenschaftseinschränkungen gelegt wurde. Der für dieses Projekt maßgebliche Konflikt kreist um die Steuerungsfunktion der Politik in der Wissenschaft. Insbesondere die politische Steuerungsfunktion in den Teilgebieten Forschungs- und Hochschulpolitik zeigte in der Praxis mehrmals, dass die Wissenschaft der Politik eine Instrumentalisierung vorwirft. Um Antworten auf die gestellten Fragen zu finden, wurden Interviews mit Studierenden und Lehrenden von insgesamt vier ost- und südosteuropäischen Hochschulen durchgeführt und wissenschaftlich ausgewertet. Zu den Hochschulen, die von dem Projektteam unter Betracht genommen worden sind, zählen die HSE Moskau, CEU Budapest, SPbU

Sankt Petersburg und die Universität Belgrad. Das Ziel der Projektgruppe war es ein Endprodukt zu schaffen, welches einen guten Überblick der Thematik bietet und in dem betroffene Universitätsangehörige ihre Sicht der Dinge darlegen können.

Der Fall Lukas Latz und die SPbU

Auf den ersten Blick scheint die Geschichte von Lukas Latz nicht zu unserem Forschungsprojekt zu passen, schauen wir uns doch den Umgang verschiedener Universitäten in Osteuropa in Bezug auf ihre Wissenschaftsfreiheit an. Doch lohnt sich ein zweiter Blick, der nicht nur eindrücklich zeigt, wie ein Kommilitone des Osteuropa-Instituts die Grenzen der russischen Wissenschaftsfreiheit überschritt, sondern auch, wo sich diese aktuell befinden und wie ein Überschreiten dieser behandelt wird.

Im August 2018 beginnt Lukas Latz seinen 10-monatigen Auslandsaufenthalt an der Staatlichen Universität Sankt Petersburg (SPbU). Da er bereits vor seinem Aufenthalt in Russland als Journalist tätig ist, möchte Lukas auch während seiner Zeit in St. Petersburg Eindrücke und Alltagserfahrungen veröffentlichen – doch wird er am Ende für diesen Wunsch mit seiner Exmatrikulation und einem 5-jährigen Einreiseverbot bezahlet.



SPbU. Bild von Pixabay

Neben dem Schreiben von journalistischen Texten steht während seines Aufenthalts in St. Petersburg für Lukas

seine Masterarbeit auf dem Programm. Aufgrund seiner journalistischen Erfahrungen möchte er Feldforschung betreiben und arbeitet sich in umweltpolitische Themen in Russland ein. Lukas entschließt sich daraufhin, in den Südrural nach Čeljabinsk, zu fahren, um dort Interviews mit Einheimischen und Aktivist:innen zu führen. Čeljabinsk ist eine typische Industriestadt, deren Lebensqualität unter verunreinigtem Wasser und schlechter Luft leidet. Trotzdem soll hier ein neues Bergwerk entstehen, welches die wichtigste Wasserquelle der Region anzapfen soll und zusätzliche Schadstoffe abgeben wird.

Lukas' Recherchen und Interviews vor Ort verlaufen zunächst reibungslos. Mitte April veröffentlicht er einen Artikel in der „Jungle World“. Damit war für Lukas' seine Recherche beendet – bis rund einen Monat später unerwartet zwei Polizisten abends in seinem Wohnheimzimmer standen. Zunächst wollten die beiden Polizisten wissen, ob er sich in Čeljabinsk aufgehalten und ob er dort Interviews geführt habe. Dies würde gegen die Auflagen eines Studierendenvisums verstoßen, da es sich um journalistische Zwecke handele. An dieser Stelle zeigt sich, dass in Russland ein „falsches“ Forschungsthema zu ernststen Schwierigkeiten führen kann, auch für einen ausländischen Gaststudierenden. Lukas selbst sagt über seinen Vorfall, dass er „einfach ein bisschen Pech“ hatte.

Die CEU wurde aus Ungarn per Gesetzeserlass vertrieben

Die ungarische Regierung unter Viktor Orbán und seiner Partei Fidesz hat ein Hochschulgesetz erlassen, das vorsieht, dass alle in Ungarn ansässigen ausländischen Universitäten in ihrem Heimatland lehren müssen. Von diesem Gesetz war nur die von George Soros gegründete Central European University (CEU) betroffen, welche daraufhin das Land verlassen musste und nach Wien umzog.



Haupteingang der CEU. Bild von Pixabay

Die Verdrängung der CEU aus Ungarn war ein Teilschritt von Orbans Agenda in der Wissenschaftspolitik. Dieser verfolgt aktiv politische Kampagnen gegen George Soros und damit auch gegen die CEU, wie uns Johana im Interview erzählte. Sie studiert im zweiten Jahr ihres Masters in Internationale Beziehungen an der CEU in Wien und erzählt uns, dass sich die politische Situation in Ungarn nach der Migrationswelle in Europa 2015 geändert habe und George Soros von nun an mit seiner Open-Society-Foundation als politischer Gegner seitens der Regierung gesehen werde. Das ungarische Hochschulgesetz verstößt nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs gegen EU-Recht., es verletze unter anderem Grundrechte wie die akademische Freiheit.

Für Johana bedeutet Wissenschaftsfreiheit, dass man auch zu Themen forschen und diese studieren kann, welche unbequem für Politiker sind und dass Forschung an der Universität ohne politischen Druck von statten gehen soll. Die Regierung habe gegenwärtig keine Absicht, die akademische Freiheit in Ungarn auszuweiten. Solange die ungarische Regierung nicht demokratisch agiere und akademische Freiheit respektiere gebe es keine Möglichkeit für die CEU zur Rückkehr.

Johanas Einschätzung nach ist jedoch die akademische Freiheit nicht nur in Ungarn bedroht, sondern aufgrund illiberaler Regierungen auch in Tschechien oder Polen, welche beide als

mögliche Standorte für die CEU anfangs in Frage kamen. Sie sagt, dass sie trotz allem gerne an der CEU studiert und es auch jederzeit wieder tun würde, da die CEU Wissenschaftsfreiheit aktiv fördere.

Die Higher School of Economics Moscow als Opfer der Einschränkung bürgerlicher Freiheiten

Die Higher School of Economics (HSE) hat den Ruf als die liberalste Universität und eine der renommiertesten Hochschulen Russlands. Und das aus gutem Grund. Die HSE wurde Anfang der 1990er als Reformuniversität gegründet, um Wirtschaftsexperten auszubilden. Später wurde die HSE zu einer klassischen Universität umgestaltet und übernahm in vielen Ausbildungsbereichen die Führung. Viele der gefragtesten Spezialist:innen in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie einige der bekanntesten Aktivist:innen sind aus der Universität hervorgegangen. Heute gehört sie zu den wichtigsten Universitäten Russlands und spielt gleichzeitig eine bedeutsame politische Rolle.

In den letzten zwei Jahren wurden an der HSE zahlreiche Reformen durchgeführt, die direkt oder indirekt zu einer Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit geführt haben. Im Rahmen des Projektes haben wir mit einer Ex-Studentin der HSE gesprochen, die heute ihre Ausbildung an der Freien Universität Berlin fortsetzt.

Lisa hat 2016 angefangen, an der Fakultät für Weltwirtschaft und Weltpolitik zu studieren. Da sie großes Interesse an Geschichte, Politik und Fremdsprachen hatte, hat sie sich für den Bachelor in Internationalen Beziehungen entschieden. Für Lisa war es klar, dass sie ihren Bachelor nur an der HSE, einer der freiesten und einer der besten Unis Russlands, machen wollte.

Für Lisa bedeutet Wissenschaftsfreiheit, dass man Forschung ohne politi-

sche und ideologische Beeinträchtigung betreiben kann. Und in den Ländern, wo die Wissenschaft in bestimmte Richtungen gelenkt wird, heißt das, ohne Druck forschen zu können. So war es größtenteils an der HSE, als Lisa mit ihrem Studium angefangen hat, obwohl die Wissenschaftsfreiheit an ihrer Uni, fügt Lisa hinzu, nie homogen und an allen Fakultäten und bei allen Dozent:innen gleich gewesen sei.

Lisa meint, dass die Verschärfungen an der HSE in erster Linie nicht mit der Universität und deren Tätigkeit (die HSE gehört zu den staatlichen Hochschulen Russlands und galt als ein statistisches Zentrum, das auch zu für die Regierung interessanten Themen forschte) zu tun haben, sondern eine Folge der allgemeinen Einschränkung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten in Russland ist. Die Meinungs- und Pressefreiheit sowie Schulungen zu politischen und menschenrechtlichen Themen sind in Russland in Gefahr, wenn nicht inoffiziell untersagt. Dies belegen Zusammenstöße mit der Polizei im Laufe ver-



HSE. Bild von Pixabay

schiedener Proteste, mehrere Gerichtsverfahren gegen die Teilnehmer:innen an diesen Protesten, die jüngste Verfassungsänderung und die Erklärung von vielen russischsprachigen Medien, Journalist:innen und Aktivist:innen zu ausländischen Agenten. Besonders aktiv werden frei denkendn jungen Menschen verfolgt, wie viele Alumni der HSE es sind.

So wurde die HSE, vermutet Lisa, in den Augen der russischen Behörden zu einer Brutstätte aktiver und progressiver junger Menschen, die unterdrückt und eingeschränkt werden sollen. Zu den Schritten in diese Richtung gehören verschiedene Maßnahmen von dem Verbot der Affiliation mit der Universität über die Veränderung der Prüfungsregeln bis zur erzwungenen Trennung von manchen studentischen Initiativen (wie des Studierendenmediums DOXA) von der HSE und der Entlassung von einigen Dozent:innen.

Die HSE bleibt weiterhin die tollste Universität Russlands, sagt Lisa. Leider nur nicht mehr eine so sehr unabhängige und freie, wie sie einst war.

Der Fall Universität Belgrad: Erniedrigung einer der besten Universitäten in Südosteuropa

Die Druckausübung auf die Belgrader Universität steht in enger Verbindung mit der gescheiterten Dissertation des serbischen Finanzministers Siniša Mali (Interview mit Rektor Prof. Dr. Ivanka Popović)

Am 15. August 2021 erschien das jährliche Shanghai-Ranking der besten Universitäten auf der Welt, wo die Belgrader Uni zum ersten Mal nicht zu den besten 500 zählte. Obwohl das Ranking nicht offiziell ist und keinen formalen Charakter hat, dient es definitiv dem Prestige, da es nur um die 4% aller Hochschulen weltweit auf ihre Liste mit einbezieht.

Immerhin kann man leider behaupten, dass der Fall auf dieser Rangliste alles außer unerwartet war, da die Belgrader Universität seit mindestens 2019 unter dem Druck der serbischen Regierung steht. 2019 wurde das Budget der Belgrader Universität von der serbischen Regierung um 525 Millionen Dinar gekürzt, was auf Wissenschaft und Forschung einen großen negativen Ein-

fluss hatte. Aber wieso ging die serbische Regierung gegen die Universität vor? Auf die oben gestellte Frage wird Milan, ein Belgrader Student, versuchen zu antworten. Er ist ein Student der Fakultät für angewandte Wissenschaften, wo die Geschichte angefangen hat.

Alles begann, als dem jetzigen serbischen Finanzminister Siniša Mali vorgeworfen wurde, dass seine Promotion, welche er verteidigte, ein Plagiat sei. Das Komitee für Berufsethik der Universität Belgrad stellte im Nachhinein einstimmig das Vorliegen von einem nicht-akademischen Verhalten des serbischen Finanzministers während der Vorbereitung seiner Doktorarbeit fest. Es heißt, er habe in einem Kapitel seiner Dissertation ganze Passagen und Abschnitte aus Büchern anderer Autoren wörtlich übernommen, ohne deren Namen und Werke zu zitieren.

Seitdem hat auch der Druck des serbischen Finanzministers auf die Belgrader Universität begonnen, wobei er selbstverständlich auch von anderen Mitgliedern aus der Regierung unterstützt wurde. Etliche Politiker und sogar der damalige serbische Bildungsminister haben den Finanzminister öffentlich unterstützt und sein Vorgehen gerechtfertigt. Es wird noch heutzutage durch eine Druckausübung und Budgetrestriktionen versucht, das Komitee für Berufsethik dazu zu bringen, seine Entscheidung rückgängig zu machen und die Doktorarbeit doch noch anzuerkennen.

Schlussfolgerung

Johana und Lisa verstehen Wissenschaftsfreiheit vor allem als die Abwesenheit politischen Drucks auf Forschung und Lehre. Die Wissenschaft muss frei von politischen oder ideologischen Motiven sein. Wirft man nun einen Blick auf die ausgewählten Fälle, so wird erkennbar, dass diese Definitionen in Osteuropa nicht uneingeschränkt geteilt werden. Die Universitäten sehen

sich zunehmend politisch motivierten Einschränkungen ihrer Autonomie ausgesetzt, die im Falle der CEU Budapest sogar dazu führten, dass die Hochschule das Land verlassen musste. Vor allem ist jedoch zu erkennen, dass die Sanktionen gegenüber den Universitäten primär darauf abzielen, die freie Meinungsbildung und -äußerung politisch Andersdenkender einzuschränken.

In Serbien wurden die Plagiatsvorwürfe gegen den Finanzminister durch die Regierung als von der Opposition gesteuerte Kampagne abgetan und das Budget der Universität empfindlich gekürzt, wodurch sich die Arbeits-, Forschungs- und Lehrbedingungen erheblich verschlechterten. Lisa schilderte, wie die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit in Russland mit der Einschränkung bürgerlich Rechte und Freiheiten einhergeht und interpretiert dies als die logische Folgen der politischen Entwicklung Russlands. Dies wird auch im Falle des Studierenden Lukas Latz deutlich, der sich im Rahmen seiner Masterarbeit kritisch mit umweltpolitischen Themen in Russland befasste. Hier war für schwere Sanktionen gegenüber einem Studierenden lediglich ein heikles Forschungsthema ausreichend.

So lässt sich die Tendenz erkennen, dass die Forschungsfreiheit in Osteuropa nicht uneingeschränkt gewährleistet ist und Hochschulen, sowie Dozierende und Studierende zunehmend in ihrer Autonomie beschnitten werden.

9. Forschung und Erinnerung an den nationalsozialistischen Genozid an den Sinti & Roma in Deutschland und Polen. Orte, Akteur:innen, Entwicklungen



Uta Horstmann, Münchner Sozialarbeiterin und Aktivistin, im Gespräch mit Sophia Othmer und Cosmas Tanzer. Foto © Daniel Styczynski

Léna Mücke, Johann Stephanowitz, Stefan Strietzel, Daniel Styczynski, Sophia Othmer und Cosmas Tanzer

Abstract

Das Projekt „Forschung und Erinnerung an den Genozid an den Sinti & Roma in Deutschland und Polen. Orte, Akteure, Entwicklungen“ befasst sich mit der Erinnerungs- und Forschungsgeschichte des vom nationalsozialistischen Deutschland verübten Genozids an den Sinti und Roma Europas. Ein besonderer Fokus lag dabei darauf, auf welche Art und Weise an den Genozid an Gedenkorten erinnert wird, sowie welche Rolle diese in den Erinnerungskulturen und Opferdiskursen in Deutschland und Polen einnehmen. Damit geht die Frage einher, wie solche Diskurse durch die Wissenschaft mitgeprägt werden. Das Thema wurde in Ortsbesuchen und Expert:inneninterviews vertieft, Ergebnis des Projektes wird eine zweisprachige (deutsch/polnische), digitale Ausstel-

lung sein, welche die Forschungsergebnisse aufbereiten und der Öffentlichkeit zugänglich machen soll.

Im Rahmen unseres Projektes haben wir uns mit der Entwicklung der Forschung und Erinnerung an den Genozid an den Sinti und Roma beschäftigt, wobei wir die unterschiedlichen Forschungs- und Erinnerungsgeschichten in Deutschland und in Polen vergleichend betrachtet haben.

Mithilfe der finanziellen Förderung seitens der Hamburger Alfred-Töpfer-Stiftung F.V.S. sind wir dafür an verschiedene Erinnerungsorte in beiden Ländern gereist, um Stätten des Gedenkens zu dokumentieren und ihre Entstehungsgeschichten, sowie ihre Rolle in der jeweiligen Erinnerungskultur nachzuzeichnen. Diese Entstehungs- und Nutzungsgeschichten machen gesamtgesellschaftliche Opferdiskurse greifbar und verweisen auf konkrete Akteur:innen, von denen wir viele für ausführliche Gespräche über ihre Arbeit und die von ihnen mitgetragenen Entwicklungen gewinnen konnten. Auf diese Weise erhielten wir nicht nur einen Einblick in die heutige Gedenkstättenarbeit und ihre aktuelle erinnerungspolitische Wirkung, sondern begannen auch jahrzehntelange zivilgesellschaftliche Diskurse nachzuvollziehen.



Denkmal für die im KZ Auschwitz-Birkenau ermordeten Sinti & Roma am Standort des sogenannten „Zigeunerlagers“. Foto © Johann Stephanowitz

Denn bis in die Gegenwart hinein werden Sinti & Roma in Deutschland und Polen diskriminiert und marginalisiert. Der Kampf um Anerkennung als Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, der Anerkennung der schieren Dimension der Verbrechen als staatlich gewollter und gelenkter Vernichtung, ging für viele der Akteur:innen und Aktivist:innen über in den Kampf um den ihnen zustehenden Platz in den Nachkriegsgesellschaften Deutschlands und Polens. Nämlich als gleichberechtigte Bürger:innen, denen nicht nur in der Vergangenheit Unrecht widerfahren war, sondern denen auch in der Gegenwart noch die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verweigert wird. Im Laufe unserer Recherchen versuchten wir uns die fortwirkende Diskriminierung, die andauernde weite Verbreitung antiziganistischer Ressentiments in der Bevölkerung und das Fortbestehen institutioneller Kontinuitäten nach 1945 bewusst zu machen und zu verstehen, welchen Beitrag die wissenschaftliche Arbeit zu dem Genozid an den Sinti und Roma bei der Bewältigung dieser aktuellen Probleme leisten kann.

Denn die historische Forschung über den Porajmos (das Romanes-Wort Porajmos bezeichnet den Genozid an Sinti und Roma im Zweiten Weltkrieg) war schließlich immer Teil der Auseinandersetzungen um seine Anerkennung. Ohne Wissen über Tatorte, Ausmaß und Namen der Opfer ist kein Gedenken möglich. Häufig haben Aktivist:innen und Initiator:innen von Denkmälern auch eine wissenschaftliche Ausbildung. Mit der Frage nach Entwicklungen in der Erinnerungskultur, konkreten Denkmälern und Akteur:innen geht auch die Frage nach der Rolle von Wissenschaft in der Gesellschaft einher. Dabei war uns auch wichtig nachzuvollziehen, wie ein respektvoller, gegenseitiger Dialog zwischen Aktivist:innen aus der Community der Sinti und Roma und oft in der Mehrheitsge-

sellschaft sozialisierten Wissenschaftler:innen aus der akademischen Forschung zu Stande kommen kann, so dass am Ende der Zusammenarbeit hoffentlich ein ganzheitliches, gesamtgesellschaftliches Gedenken entsteht, welches auf eine positive Entwicklung in der Gegenwart hinwirkt.

Bei den von uns besuchten Orten handelte es sich beispielsweise um schon seit den 1960er Jahren bestehenden Denkmäler an den Bestattungsorten der Opfer, wie etwa im polnischen Szczyrowa in der Nähe von Tarnów, oder um Mahnmale an den Tatorten der Verbrechen, etwa im ehemaligen Ghetto in Łódź oder im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau.



Gelände des ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau.

Foto © Johann Stephanowitz

Auch neuere Erinnerungsorte wie etwa das seit 1997 bestehende Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg und das 2012 entstandene Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti

und Roma Europas in Berlin-Mitte wurden in unsere Recherchen miteinbezogen.

Dabei lernten wir Menschen aus verschiedenen Fachrichtungen und Hintergründen kennen, welche den Prozess der Aufarbeitung des Genozids teilweise schon seit Jahrzehnten begleiten. Wir sprachen mit Aktivist:innen aus der polnischen Roma-Gemeinschaft, sowie mit Sozialarbeiter:innen, Historiker:innen und Ethnolog:innen aus Deutschland und Polen.



Nadine Degner und Bettina Küssner, Forscherinnen am Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti & Roma in Heidelberg, im Gespräch mit Léna Mücke und Johann Stephanowitz. Foto © Stefan Strietzel

Das dabei entstandene Material möchten wir neben einer wissenschaftlichen Auswertung in Form einer digitalen, zweisprachigen (deutsch/polnischen) Online-Ausstellung veröffentlichen. Zu ihr gehören ein thematischer Einstieg in die Geschichte des Genozids an den Sinti und Roma, jeweils ein Überblick über die Entwicklung der Erinnerungskulturen in Deutschland und Polen, und schließlich ortsbezogene Sektionen, die die Entstehung, Geschichte und Akteur:innen der Denkmäler vorstellen. Die Website wird multimedial gestaltet mit erklärenden Textelementen, Interviewausschnitten in Video- und Audioformat, Quellendigitalisaten und aktuellen Fotos der Orte.

Mit dieser Ausstellung hoffen wir dazu beitragen zu können, Informations- und Erinnerungslücken über den Genozid an den Sinti und Roma zu schließen, welche in der deutschen und polnischen Mehrheitsgesellschaft bestehen. Dazu gehören unter anderem Grundkenntnisse über Sinti und Roma als Opfergruppe der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik und Aufklärung über Kontinuitäten des Antiziganismus, aber auch das Nachzeichnen und Hervorheben des langwierigen zivilgesellschaftlichen Kampfes um Anerkennung und Erinnerung an dieses Unrecht. Vor allem aber sehen wir unser Projekt als Beitrag einer neuen Generation an Wissenschaftler:innen zu einer noch langen nicht abgeschlossenen Debatte.

Gefördert von:



10. Geopolitische Manöver: Der Umzug der CEU von Budapest nach Wien

*Vitali Fischer, Aleksandar Kerošević,
Anne Lemke und Fabio Thieme*

Abstract

Im April 2018 verabschiedet die ungarische rechtspopulistische Regierung unter Viktor Orbán ein neues Universitätsgesetz. Damit wird der unmittelbar nach der Wende (1991) gegründeten, US-amerikanisch-ungarischen Privatuniversität *Central European University* (CEU) – bei deren Gründer es sich um den US-amerikanischen Hedgefonds-Manager, politischen Aktivisten und Philanthropen George Soros handelt – effektiv der Unterricht in Budapest verboten. Mehrere tausende Studierende und Dozierende sind mittlerweile an den neuen Campus in Wien gezogen, wo seit dem 30. September 2019 der universitäre Unterricht stattfindet.

Das Forschungsprojekt *Geopolitische Manöver* beschäftigt sich mit den politischen, sozialen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Hintergründen und Auswirkungen des Umzugs der CEU. Dabei werden in Form von Interviews nicht nur die Studierenden und Dozierenden nach ihrem Wissen, ihren Meinungen, Haltungen und Erfahrungen befragt, sondern auch politische Akteur:innen beider Seiten, sprich: Befürworter:innen und Gegner:innen. Da der vollständige Umzug dieser Privatuniversität noch lange nicht abgeschlossen ist, untersucht das Forschungsprojekt die gegenwärtige Debatte und nimmt gleichzeitig an ihr teil. Die Forschungsergebnisse sollen in Form eines Dokumentarfilms festgehalten und – im Rahmen eines themenbezogenen Events (etwa: Forschung über Osteuropaforschung, 70 Jahre Osteuropa-Institut (OEI) der Freien Universität Berlin (FU) etc.) – in einem Berliner

Kino präsentiert werden; dort sollen auch Expert:innen zu Wort kommen und eine Podiums-/Publikumsdiskussion stattfinden. Daher wurden für den Projektdokumentarfilm nicht nur diejenigen Interviews audiovisuell aufgezeichnet, welche via Webkonferenz stattfanden. Zusätzlich wurde vom 25. bis 28. Juli 2021 eine Forschungsreise nach Budapest und Wien unternommen, wo die Projektgruppe vor Ort Interviews mit den von uns ausgewählten Protagonist:innen führte und diese Gespräche mit einer professionellen Filmkamera festhielt. Aus den aufgenommenen audiovisuellen Interviews wird im Rahmen des Filmschnittprozesses die Filmdokumentation produziert, in die neben den genannten audiovisuellen Interviews (inklusive Aufnahmen der Universitätsgebäude und -gelände sowie der Studierendenunterkünfte) auch Beiträge aus den Massenmedien zu diesem Thema sowie Zahlen, Daten, Fakten, Recherchequellen, dokumentarische Fotos (die in Budapest und Wien abgelichtet wurden) und eventuell auch Erklärungsmodelle einfließen sollen.

Der erste Teil der Recherche fokussiert sich auf die „Geopolitik“ der ungarischen Regierung, deren zahlreichen Attacken auf die liberale westliche und private Ordnung der Universität zu dem Umzug der selbigen geführt hatten. In welchem größeren Zusammenhang steht das Universitätsgesetz mit der gegenwärtigen ungarischen Regierungspolitik? Wie begründet die ungarische Regierung das Gesetz? Wie sehen die nationalen und internationalen Reaktionen auf Ungarns „geopolitisches 2Manöver“ aus? Handelt es sich tatsächlich um einen Ost-West-Konflikt, und welche Parteien könnten welches Interesse daran haben, einen solchen Konflikt herbeizuführen?

Der zweite Teil der Recherche beschäftigt sich mit der Struktur der privaten *Central European University* unter der

Schirmherrschaft von George Soros. Welches Verhältnis besteht zwischen dem Gründer der Universität, George Soros, der Stiftungsgruppe *Open Society Foundations* und dem ungarischen Premierminister? Wie ist die Universität aufgebaut und wie wird sie finanziert? Welche Probleme können durch neoliberale Universitätsstrukturen (wie beispielsweise die Finanzierung von Wissenschaft aus dem Ausland) entstehen?

Der dritte Teil der Recherche befragt die Akteur:innen und Beteiligten des Umzugs der CEU in verschiedenen Interviews. Auf Basis dieser Befragungen soll auch der Dokumentarfilm entstehen. Fragen, die die Projektgruppe diesbezüglich umgetrieben haben, waren unter anderem folgende: Wie ist der Umzug von den Studierenden und Dozierenden erlebt worden? Ist es ihnen eventuell gelungen, sich – trotz der Schließung der CEU – in Ungarn auch weiterhin (erwerbstätig oder *nur* als Hobby) mit den CEU-spezifischen Themenschwerpunkten (Menschenrechte, Demokratie, Offene Gesellschaft, Offene Grenzen, Gender, Queer Studies, Feminismus, Umweltwissenschaften, internationale Zusammenarbeit etc.) auseinanderzusetzen? – Wenn ja, in welcher Form? Wer trägt die Pendlerkosten beziehungsweise mussten die Studierenden für die Fortsetzung ihres Studiums umziehen? Inwiefern bleibt die Universität in Budapest auch weiterhin präsent? Was hat es mit dem Bau des neuen Campus in Wien auf sich?

Der Umzug der CEU wurde in den internationalen Medien breit aufgenommen. Zahlreiche Protestaktionen wurden dokumentiert und ebenso viele Interviews mit Beteiligten geführt. Weil sich das Projekt auch dafür interessiert, wie die Debatte öffentlich geführt wird, bildet eine Analyse des Pressespiegels einen ersten Teil der Recherche. Nicht zuletzt sollen wissenschaftliche Publikationen

über die ungarische Geopolitik sowie die Befragung von Expert:innen in Betracht gezogen werden, um ein umfangreiches Bild von den Geschehnissen zu ermitteln. Da der Umzug der Universität noch lange nicht abgeschlossen ist, wird die Debatte immer noch geführt, weswegen auch während der Recherche mit neuen Meldungen zu rechnen ist.

Zufälligerweise existierten bereits vor der Themenfindung und Fragenformulierung für unser Forschungsprojekt einige private und professionelle Kontakte zu Studierenden und Dozierenden an der CEU. Die Kontaktdaten der restlichen Personen, die unserer Ansicht nach für die Interviews in Frage kamen, wurden mittels intensiver Recherche im Internet ausfindig gemacht.

Unser Projekt ist im Rahmen der Osteuropaforschung höchst spannend, um am Fallbeispiel des Umzugs der (schon seit 1991 existierenden) CEU von Budapest nach Wien einen kleinen, aber ungemein wichtigen Eindruck davon zu gewinnen, welchen politischen, sozialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Prozess ein osteuropäisches Land wie Ungarn von der Wendezeit 1989 bis heute durchlaufen. Die Ergebnisse dieses Projekts stellen einen kleinen, äußerst hilfreichen Puzzlestein dar, der zusammen mit zahllosen anderen, inländischen Fallbeispielen ein aussagekräftiges Bild konstituieren könnte – ein Bild darüber, wie sich die Politik, Wirtschaft, soziale Lage, Gesellschaft und Kultur des ehemaligen Ostblockstaates Ungarn seit dem Ende des Kalten Krieges bis heute entwickelt haben, wie die aktuelle Situation unter den eben genannten Gesichtspunkten zu beschreiben (und zu bewerten) ist und wie der Westen Osteuropa beeinflusst. Anhand solch einer Bestandsaufnahme können sowohl a) wissenschaftliche Prognosen für die Zukunft des Landes

erstellt als auch b) politische, wirtschaftliche, soziale, gesellschaftliche und kulturelle Lösungen für eine bessere/möglichst gute Zukunft dieses osteuropäischen Landes konstruiert und exekutiert werden.

Darüber hinaus sind die CEU wie auch ihr mehr oder weniger erzwungener Umzug nicht nur für die allgemeine Osteuropaforschung sehr relevant, sondern auch für die Analyse der Osteuropaforschung selbst, hier ein paar Beispiele: Welchen konkreten Einfluss hatte diese vom Westen in Osteuropa gegründete und aus dem Westen finanzierte, höchst einflussreiche Privatuniversität auf die Bildung und Forschung in diesem ehemaligen Ostblockstaat? Welchen Einfluss hatte beziehungsweise hat sie auf die ungarische, ost- und westeuropäische sowie weltweite Osteuropaforschung? Wie ist sie mit den anderen Universitäten in Ungarn sowie mit denjenigen im westlichen und osteuropäischen Ausland vernetzt (aber auch mit Universitäten weltweit)? Welche vielfältigen Konsequenzen ergeben sich aus ihrem Umzug von Budapest gen Westen (Wien) für die Universitäten in Osteuropa sowie für die internationale Osteuropaforschung? Wie sieht die Osteuropaforschung an der CEU aus und wie wird diese inhaltlich und formal gestaltet/organisiert, strukturiert, finanziert und auch politisch instrumentalisiert?

11. Politisierung historischer Forschung: Anerkennung des Holodomor als Genozid am ukrainischen Volk

Vladislav Ivanov, Margarita Kayanja, Maria Kireenko und Anastasiia Magazova

Abstract

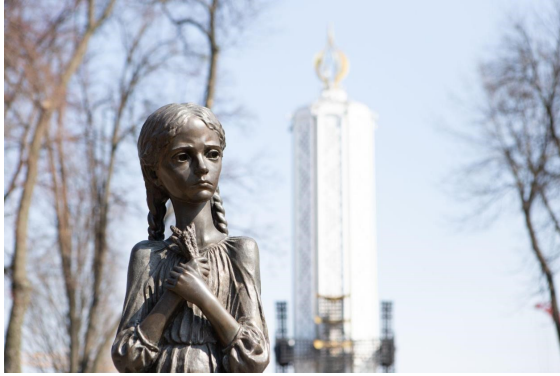
Dieses Projekt behandelt die Anerkennung des Holodomor am ukrainischen Volk als Genozid durch den Bundestag in seiner historisch-politischen Thematik. Da die Diskussion über dieses Thema zu einem Konflikt zwischen Mitgliedern der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission und dem ukrainischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland geführt hat, ist es das Ziel des Projekts, folgende Forschungsfrage zu beantworten: Inwieweit ist die Debatte um den Holodomor politisiert und was sind die Auswirkungen davon auf die heutigen deutsch-ukrainischen Beziehungen?

Dazu werden Interviews mit verschiedenen Beteiligten der Diskussion geführt. Die anschließende Auswertung der Interviews ergab, dass der Konflikt zwischen dem ukrainischen Botschafter in Deutschland und der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission an sich keine gravierenden Folgen für die deutsch-ukrainischen Beziehungen haben dürfte. Es wird betont, dass es stärkere Faktoren gibt, welche die Ukraine und Deutschland zu Verbündeten machen. Gleichzeitig wird aber die Einmischung des ukrainischen Botschafters in die Arbeit unabhängiger Historiker*innen von allen interviewten Mitgliedern der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission scharf verurteilt. Das Endprodukt dieses Projekts ist ein Dokumentarfilm, der nicht nur die heutigen Entwicklungen zu diesem Thema aufzeigen, sondern auch Interessierte mit

der ukrainischen Geschichte vertraut machen soll.

Genozide sind ein schreckliches Verbrechen gegen die Menschheit, welche dennoch wiederholt in der Weltgeschichte auftraten. Dazu gehören unter anderem der Genozid an den Armeniern im Osmanischen Reich; der Holocaust; Vernichtung vieler Sinti und Roma sowie anderer Opfergruppen während des Zweiten Weltkrieges; der Bürgerkrieg in Ruanda, in dem die Tutsi vorsätzlich ermordet wurden; die Erschießung bosnischer Muslime in Srebrenica während der Balkankriege. Dies sind historische Verbrechen, die von vielen Ländern als Genozid anerkannt wurden. Es gibt jedoch historische Ereignisse, die unter dem einen oder anderen Gesichtspunkt unter den Tatbestand des Genozids fallen könnten, um deren historischen Gründe aber nach wie vor die geschichtswissenschaftliche Community debattiert.

Ein solches Ereignis ist der Holodomor – eine Hungersnot in der Ukraine in den Jahren 1932-1933. Die Hungersnot selbst betraf nicht nur die Ukraine, sondern auch einige andere Regionen der ehemaligen Sowjetunion, darunter die Kuban-Region in Russland und einige Gebiete in Kasachstan. Jedoch war die Bevölkerung der heutigen Ukraine davon am stärksten betroffen. Unterschiedliche Schätzungen gehen von 2,4 Millionen bis 7,5 Millionen Hungertoten aus. Manche historischen Untersuchungen gehen davon aus, dass die ukrainische Hungersnot künstlich seitens des stalinistischen Regimes erzeugt wurde, um die ukrainischen Widerstände gegen die Agrarpolitik Stalins zu unterdrücken. In vielen anderen Studien deutet man hingegen darauf hin, dass Holodomor eine schreckliche Folge der sowjetischen Industrialisierung war.



Hunger im Blick: Gedenkstätte für die Opfer des Holodomor in Kyjiw. Bild © Anastasiia Magazova

Die Erinnerungen an den Holodomor in der Ukraine wurden vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht öffentlich diskutiert. Einige Zeitzeugen hatten sogar innerhalb der Familie Angst darüber zu sprechen. Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entwickelte sich ein Umgang mit der Erinnerung an den Holodomor zu einer der Kernfragen nationaler Identität für die Ukraine. Ukrainische Politiker*innen versuchten die historische, politische und persönliche Aufarbeitung der Thematik voranzubringen und dem Holodomor internationale Beachtung zu verschaffen.

In unserem Projekt wollten wir die geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema *Politisierung der Debatte rund um den Holodomor* aus jeweils deutscher und ukrainischer Perspektive beleuchten. Es wurde versucht, die Auswirkungen dieses Forschungsprozesses auf die aktuellen, politischen deutsch-ukrainischen Beziehungen zu analysieren, einschließlich der Rolle Russlands in diesen Beziehungen.

Im Mittelpunkt des Projekts standen die Aktivitäten der deutsch-ukrainischen Historikerkommission, die sich unter anderem mit diesem historischen Ereignis befasst. Da diese akademische Debatte von einem diplomatischen Skandal begleitet wurde, der auch zu einigen

Spannungen auf politischer Ebene zwischen den beiden Ländern führte, wurde dieser Fall als Beispiel für den Versuch einer Politisierung der historischen Forschung genommen.

Um die Ziele des Projekts zu erreichen, fanden Untersuchungen statt, sowie wurden weitere Analysen durchgeführt. Diese Analyse zeigten, welchen Einfluss die Politik auf die Anerkennung des Holodomor in Deutschland haben könnte. Darüber hinaus wurde die Rolle der aktuellen politischen Beziehungen zwischen Deutschland, der Ukraine und Russland (als Nachfolger der UdSSR) bei der Festlegung der Geschichts- und Erinnerungspolitik in diesen Ländern analysiert.



Im Nationalen Museum "Gedenkstätte für die Opfer des Holodomor" in Kyjiw. Bild © Anastasiia Magazova

Obwohl der Prozess der Anerkennung des Holodomor als Genozid bisher nur die Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine betrifft, spielt die russische Seite in diesem Prozess eine wichtige Rolle. Seit 2014, als Russland eine Aggression gegen die Ukraine startete, die ukrainische Halbinsel Krim annektierte und zum Krieg im Donbas beitrug, haben sich die Meinungsverschiedenheiten über die historische Erinnerung in diesen beiden postsowjetischen Ländern zugespitzt. Der Kreml lehnt die Anerkennung des Holodomor in der Ukraine als Genozid kategorisch ab. Angesichts der engen historischen,

kulturellen und politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland geht der Prozess der offiziellen Anerkennung des Holodomor durch den Bundestag mit einer besonderen Politisierung einher, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

Im Jahr 2019 reichte die ukrainische Diaspora in Deutschland eine Petition zur Anerkennung des Holodomor als Genozid ein, die jedoch mehrfach verschoben wurde. Aufgrund der Bundestagswahl im Herbst 2021 wird die weitere Behandlung der Petition an die neuen Mitglieder des Petitionsausschusses des Bundestages übergeben. Als eines der Haupthindernisse für die Anerkennung des Holodomors als Genozid durch den Bundestag, werden von Experten (z.B. von Arnold Vaatz, der für den Bereich Petitionen in der CDU-Bundestagsfraktion zuständig ist und den wir auch interviewt haben) die Befürchtungen mancher Abgeordneten genannt, dass die Beziehungen zu Russland dadurch ruiniert werden können.

Von der ukrainischen Seite, wiederum, ist die staatliche Geschichtspolitik in Bezug auf den Holodomor seit 2004, als Präsident Wiktor Juschtschenko an die Macht kam, ein wichtiger Aspekt sowohl der Innen- als auch der Außenpolitik für die Ukraine geworden. Dieser Trend hat sich nach den Ereignissen von 2014 noch verstärkt.

Was die geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung angeht, hat die Deutsch-Ukrainische Historikerkommission (DUHK) in vielen ihrer Sitzungen den Holodomor zwar angesprochen, bei der Interpretation dieses Ereignisses jedoch nicht zu der Konklusion gekommen, die der offiziellen Geschichtspolitik der Ukraine ganz entsprechen würde. Daraufhin beschuldigte das ukrainische diplomatische Korps in Deutschland die ukrainischen Mitglieder der Kommission dafür, dass

sie die nationalen Interessen des Landes nicht ausreichend verteidigten und dass einige von ihnen eine "prorussische" Position zum Holodomor vertraten. Ein Versuch des ukrainischen Botschafters in Deutschland, politischen Druck auf die Mitglieder der Historikerkommission auszuüben, blieb erfolglos, obgleich das ukrainische Außenministerium seine Schirmherrschaft über die Kommission zurückzog. Trotz des politischen Skandals um die Kommission sind die im Rahmen des Projekts befragten Historiker*innen einhellig der Meinung, dass es ihnen gelungen ist, ihre akademische Unabhängigkeit zu bewahren, und dass der Entzug der Schirmherrschaft am Ende keine Auswirkungen auf die Arbeit der Kommission hatte.



Gedenkstätte für die Opfer des Holodomor in Kyiw. Bild © Anastasiia Magazova

Der Skandal um die Deutsch-Ukrainische Historikerkommission hat gezeigt, dass auch die professionellen Historiker, zum Schlüsselinstrument der Erreichung politischer Ziele seitens der ukrainischen Regierung instrumentalisiert werden sollten. Anders als bei der DUHK ist es in solchen Fällen nicht immer möglich, die akademische Unabhängigkeit zu verteidigen und sich keinem Druck aussetzen zu lassen.

Die Tatsache, dass der vorherige Petitionsausschuss des Bundestages innerhalb von zwei Jahren keine Entscheidung über die Holodomor-Petition ge-

troffen hat und sie den neuen Ausschussmitgliedern überließ, verdeutlicht einmal mehr die Relevanz und Aktualität des Themas des Projektes. Der Prozess der Anerkennung des Holodomor als Genozid in Deutschland ist noch lange nicht abgeschlossen, und mit dem Regierungswechsel in Deutschland ist es sehr wahrscheinlich, dass die neue Aufarbeitung einen weiteren Impuls auch für die DUHK geben wird. Welche Reaktion seitens der ukrainischen Regierung darauf folgt, kann man derzeit kaum vorhersagen.

Wie die Online-Ausgabe Meduza berichtet, wurde am 14. Oktober 2021 eine Vorführung von "Gareth Jones", einem Film über die Geschichte des ersten westlichen Journalisten, der über den Holodomor von 1932-1933 schrieb, in Moskau gestört. Solche Ereignisse machen einmal mehr deutlich, dass diesem Thema von der Geschichtswissenschaft noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden soll.

Insgesamt zeigt unser Projekt, wie sensibel das Thema Holodomor für die heutige Ukraine und die Gestaltung ihrer Erinnerungspolitik ist und - man kann es schon aufgrund der durchgeführten Interviews behaupten - wie abhängig die Geschichtsschreibung in der heutigen Ukraine von der politischen Agenda bleibt.

Aspekte der Präsentation

Aufgrund der hohen Medienpräsenz des gewählten Themas und der Tatsache, dass das Projekt in die Zeit der Quarantäne und der damit verbundenen Einschränkungen für Auslandsreisen fiel, beschlossen wir, das Projekt größtenteils online durchzuführen. Daher wird das Endprodukt ein Dokumentarfilm sein, was wir unter diesen Umständen für die logische Option halten.



Screenshots aus dem Dokumentarfilm. Interviews mit Prof. Dr. Polina Barwinska (links oben), Prof. Dr. Gelinada Grinchenko (links unten), Prof. Dr. Yaroslav Hrytsak (rechts oben), Arnold Vaatz, CDU/CSU (rechts unten).
© Projektgruppe

Die Hauptmethode der Forschung und Informationssammlung waren qualitative Experteninterviews. 90 % dieser Interviews wurden online mit der Webex-Software durchgeführt, die Videoaufnahmen ermöglicht. Da wir insgesamt 5-6 Stunden Videomaterial zur Verfügung haben, ist das Format eines Dokumentarfilms unserer Meinung nach die passendste Art Experteninterviews zu analysieren und ihre Ergebnisse zu präsentieren.

Der Dokumentarfilm bietet auch die Möglichkeit, Informationen aus Primärquellen ohne weitere Interpretation durch die Autoren des Projekts zu präsentieren. Unserer Ansicht nach ist bei sensiblen Themen wie dem Holodomor das dokumentarische Format für die Ziele dieses Forschungsprojekts am besten geeignet und angemessen.

Das Endprodukt in Form eines Films kann dann auf Plattformen wie YouTube oder Vimeo veröffentlicht werden, wodurch es für verschiedene Zielgruppen zugänglicher wird, sowohl für Forscher in den beiden Ländern (dank Untertiteln in Deutsch und Ukrainisch) als auch für die breite Öffentlichkeit. Ein weiterer Vorteil des Dokumentarfilms und seiner anschließenden Veröffentlichung in den sozialen Medien ist die einfache und schnelle Verbreitung.

Unserer Meinung nach hat dieses Format jedoch auch eine Reihe von Nachteilen. Ein Faktor, der die Durchführung des Projekts sehr schwierig machte, war die Sensibilität des gewählten Themas. Einige unserer potenziellen Gesprächspartner haben zum Beispiel zunächst einer Interviewanfrage von uns zugestimmt, aber nachdem sie mehr über das Thema unseres Gesprächs und die Interviewfragen gelesen hatten, brachen sie die Kommunikation mit uns ab.

Trotz der Schwierigkeiten, auf die wir während des Projekts gestoßen sind, sind wir zuversichtlich, dass unser Dokumentarfilm dazu beitragen wird, das Wissen über die Geschichte der Ukraine in der deutschsprachigen Gesellschaft zu erweitern. Das vorliegende Projekt leistet außerdem einen Beitrag zur Aufklärungsarbeit der komplexen internationalen Zusammenhänge und lädt durch die Wahl eines niedrigschwelligen Formats der Präsentation eine breite Öffentlichkeit in Deutschland ein, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und womöglich eine zivilgesellschaftliche Forderung an die deutsche Politik zu formulieren.

Impressum

© bei den Autor:innen

Osteuropa-Institut
Freie Universität Berlin
Garystraße 55
14195 Berlin
<http://www.oei.fu-berlin.de/>

Redaktion und Lektorat:

Clemens Günther
Tatiana Kharkova
Mihai Varga

